

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

210 (4.8.1920) Erstes und Zweites Blatt

deutschen Teile des Kreises Vissa wohnten 1910 rund 25 000 Deutsche und 3000 Polen.

Die interalliierte Grenzkommission, die in Polen ihres Amtes walten und das ganze Grenzgebiet bereist hat, mühte eigentlich bezagen können, wie leicht es gewesen wäre, die Grenze nach nationalen Gesichtspunkten zu korrigieren, wie furchtbar leichtsinnig aber die Verfasser des Verfaßten Vertrages mit rein deutschem Gebiet umgegangen sind, indem sie es auf Einföhrung der nachteiligen Polen hin von Deutschland abtrennten. Es war unverantwortliches Stumperwerk, wenn nicht Schlimmeres, wenn nicht bewußte Verhinderung und Verhinderung. Jetzt, auf der kommenden Konferenz von London hätte die Entente Gelegenheit, ihr Unrecht wieder gut zu machen und eine nachträgliche Abtinnung in den abgetrennten Gebieten, vor allem in Pommern, anzuordnen. Wollen aber etwa die Polen in ihrer Verbildung noch ein Tägliches wagen, indem sie Geseßmord und Terror in Westpreußen und Polen einföhren, auf, so wird ihnen die vielgeprüfte Bevölkerung in diesen Gebieten ein Vieb aufspielen, das sie eines Besseren belehrt. Wohl ist der Boden unter dem Tyrannen und es leben Götter, die den Hochmut rächen.

Abreise von Entente-Vertretern aus Warschau. (Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Aug. Der Londoner „Morning Post“ wird aus Warschau gemeldet: Lord H. B. H. ist heute nacht abgereist. J. S. F. wird morgen abreisen. Man weiß nicht, ob auch General H. abreisen wird. Wahrscheinlich wird aber General B. solange in Polen bleiben, wie dies nützlich erscheint.

Der polnische Heeresbericht. (Eigener Drahtbericht.)

Warschau, 3. Aug. Heeresbericht vom 2. Aug. In der deutschen Grenze nördlich von Miroslaw ist keine Unveränderung. Am Bug finden im Bereich von Minsk Kämpfe statt. Bei Brest-Litowsk griff der Feind die Festung und die Stadt heftig an. Die Kämpfe um Brest, die beiderseitig große Kräfte in Anspruch nehmen, entwickeln sich auch weiterhin für uns günstig. Am Sereth bräutliche Kämpfe, die heftigen Charakter annehmen.

Der russische Heeresbericht.

Paris, 3. Aug. Die Agentur Havas verbreitet folgenden bolschewistischen Bericht vom 2. August: In der Gegend von Komza wurden die Ufer des N. und A. überfahren. Die Offensive wird erfolgreich fortgesetzt. Im Westen von Bialystok wurde die Stadt von Bolschewisten besetzt, ebenso die Station Walschew. Im Norden von Kobrin haben die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Feindes gebrochen und neues Gebiet erobert. London, 3. Aug. „Evening Standard“ meldet, daß 8000 bolschewistische Reiter an einem Punkte zwischen Grodno und Warschau eingetroffen sind. Die Blätter erkennen den Ernst der Lage an. Besondere Aufmerksamkeit wird der Tatsache gewidmet, daß Krasin und Klementoff gestern in London eingetroffen sind.

Krasin wieder in London.

Paris, 2. Aug. Nach einer Havasmeldung aus London ist Krasin, begleitet von seinen drei Töchtern und mehreren Beamten, im ganzen 14 Personen, in Newcastle angekommen. Er ist sofort nach London weitergereist.

Wilson und der Verfaßter Friedensvertrag.

Paris, 3. Aug. Nach einer Meldung der „Times“ aus New York hat Präsident Wilson die Absicht, zu der Konferenz in London, die wegen des russisch-polnischen Friedens stattfinden soll, einen Vertreter zu entsenden. Wilson sei der Ansicht, daß die Konferenz in London zu einer Revision des Friedensvertrages von Versailles führen wird.

Theater und Musik.

„Im Winkel am Tore.“ Unser Berliner Schauspielreferent schreibt: Es war des Landes nicht der Brauch, im „Winkel am Tore“ ernste Trauerspiele zu erleben. Der sommerliche Direktor Gravenich machte den Versuch; doch leider, soweit seine Schauspieler in Betracht kommen, mit sehr unzulänglichen Mitteln. Trotzdem trug „Im Winkel am Tore“, ein bürgerliches Trauerspiel von Gustav Selow, vor einem zum Teil literarischen Publikum unbestrittenen Beifall heim. Wenn es auf das harte Wollen eines Idealisten allein ankäme: ein wohlgesprochenes Urteil! Dr. Gustav Selow, der gebürtige Grazer, jetzt Zeitungsmann in Chemnitz, ist irgendwie verwandt mit den zwölf schwärmerischen Heiligen Sonderlingen, die Rudolf Hans Bartsch nach der Natur gezeichnet hat. Einer von den auf Erden selten Gewordenen, wie sie hinter den Bergen noch gedeihen. Doch kein unfruchtbarer Träumer ist Selow, nein, ein überaus tätiger Mensch, unablässig seine Kräfte sozialer Hilfe und Aufklärung opfernd. Was ihm selbst übrig blieb, das raffte er in Feiertagen zusammen, mit dem Gott zu ringen, der dem Dichter zu sagen gibt....

Die Verbindung der beiden Triebe, des sozialpolitischen und des dichterischen, vermittelte es, daß Selow den ihm angeborenen poetischen Stil: den romantischen, einem Stoff aufprägte, der nach anderer Form verlangte. Schon die poetische Sprache, von den Schauspielern des „Winkel am Tore“ bis zur Karikatur übertrieben, macht das Mißverhältnis deutlich. Ein bürgerliches Trauerspiel nennt Selow kein Drama. Gemeint ist eine Tragödie des alten, ästhetischen Bürgerstums. Wieder, wie in Max Krehers „Meister Timpe“, in Wildenbruchs „Meister Balzer“ und seit dreißig Jahren in gar manchem Roman und Schauspiel, geht der ehrliche Handwerker (biermal ein Bühnenmacher) an der Industrie zugrunde. Selow betrachtet die harte Notwendigkeit, die übrigens heute kaum mehr

Die Genfer Tagungen.

Der Internationale Sozialistenkongress.

10. Genf, 2. August. Der internationale Sozialistenkongress verbandelte in seiner heutigen Vormittagsung die Frage der Zulassung der einzelnen Delegationen. Namens der Mandatsprüfungskommission vertrat Morisson (England) den Standpunkt, daß die anwesenden französischen Delegierten nicht als vollberechtigte Delegierte anerkannt werden können. Die Vertreter Frankreichs seien aus ihrer Partei ausgeschlossen worden, behaupten aber trotzdem, Gewerkschaften zu vertreten, die grundsätzlich die zweite Internationale als die einzige anerkennen. Da sie aber nicht geschlossene Organisationen vertreten, können sie nach Ansicht der Kommission nicht als vollberechtigt angesehen werden.

Generalsekretär H. S. M. S. betonte, daß die Frage des Ausschusses einzelner Delegationen von der zweiten Internationale hier etwas weit aufgeworfen werde, und verlangte, daß eine weitgehende Duldsamkeit geübt werden müsse. Die französischen Delegierten hätten die Grundzüge der zweiten Internationale anerkannt und sollten deshalb zugelassen werden, immer jedoch in der Meinung, daß ihr Stimmrecht etwas beschränkt werden müsse.

Genier (Frankreich) erklärte, daß die Gruppe, die er vertritt, vollständig auf dem Boden des Sozialismus stehe, und wies darauf hin, daß seine Parteigenossen zu den Gründern der Internationale gehörten. Tatsache ist, daß die anwesenden Delegierten nicht die französische Gesamtpartei, sondern nur eine Gruppe der französischen Sozialisten vertreten. Immerhin sind die französischen Delegierten damit einverstanden, daß ihnen nur ein beschränktes Stimmrecht eingeräumt wird.

Präsident Shaw schloß sich der Ansicht H. S. M. S. an.

In der Abstimmung sprachen sich fünf Delegationen für den Ausschluß der französischen Gruppe aus, das heißt für die Nichtanerkennung der französischen Delegierten als vollberechtigte Delegierte. Sieben Delegationen sprachen sich für den Antrag H. S. M. S. aus, das heißt für Beschränkung des Stimmrechts, und zwei Delegationen, die deutsche und die schweizerische, enthielten sich der Abstimmung. Präsident Shaw interpretiert die Abstimmung in dem Sinne, daß die französischen Delegierten, falls das Recht haben, unbeschränkt an den Verhandlungen teilzunehmen können.

Sodann kam die Frage der Zulassung des Russen Alexinsky als Vertreter der Menchewik-Gruppe zur Verhandlung. Die Kommission empfiehlt, Alexinsky nicht zuzulassen, da er keine genügende Gruppe der russischen Sozialisten vertritt. Kubanowitsch (Rußland) protestiert gegen eine etwaige Zulassung Alexinsky's, da dieser als Agent Kollschats und Deneffs eine Militärdelegation vertritt und auf einem Sozialistenkongress für einen solchen Mann kein Platz sei. Auf Vorschlag von Generalsekretär H. S. M. S. wird Alexinsky das Wort erteilt zur Wahrung seines Standpunktes. Alexinsky weist darauf hin, daß er Vertreter der russischen Sozialisten sei, da er 22 Jahre lang für den russischen Sozialismus gearbeitet habe und jedesmal vom zaristischen und hiermal vom bolschewistischen Regime ins Gefängnis geworfen worden sei. Alexinsky stellt fest, daß er als Sozialist von einer halben Million russischer Arbeiter in die zweite Internationale gewählt worden sei. Er bestreitet nicht, für eine Militärdelegation gegen den Bolschewismus eingetreten und auch die Sozialisten Kollschat und Deneff unterstellt zu haben und sogar General Wrangel zu unterstützen, um der Gewaltthat der Bolschewisten ebenfalls Gehalt entgegenzunehmen. Der Kongress beschloß darauf, Alexinsky nicht anzuerkennen. Hierauf wurde die Sitzung auf nachmittags 2 1/2 Uhr vertagt.

Die deutsche Delegation ist nun vollständig eingetroffen. Ihr gehören u. a. an: die Reichstagsabgeordneten Schmidt, Schmidt, Benckstein, Meerfeld, Frau Juchacz, Molkenbühr, Bels und Stämpfer, sowie der zuerst eingetroffene Dr. Braun. Nachdem gestern Einigkeit erzielt worden war in der Kommission für die Verantwortlichkeitsfrage, und unter Vorbehalt der Zustimmung der noch nicht eingetroffenen deutschen Delegierten einstimmig eine Resolution über die Schuldfrage gefaßt worden war, erwidert sich heute, daß die Mehrheit der deutschen Delegierten, darunter Scheibemann und Bels mit dem Bericht der Resolution, der als zu einseitig und zu scharf für Deutschland bezeichnet wird, nicht einverstanden ist. Infolgedessen ist diese Angelegenheit neuerdings an die Kommission verwiesen worden.

In der Nachmittagsung wurde dann der abgeänderte Wortlaut der Resolution über die Schuldfrage vorgelegt, der infolgedessen von dem bereits veröffentlichten Text des Kommissionsberichts abweicht, als die Haltung der deutschen Sozialisten vor dem Kriege weniger scharf getadelt wird. Außerdem wird in dem neuen Text festgestellt, daß es nicht bloß für die deutsche Sozialdemokratie, sondern für Deutschland keine erschwerende Frage mehr gibt. Diese so abgeänderte Resolution wurde vom Kongress einstimmig und ohne Diskussion angenommen.

Aus der Stimmzuteilung der auf dem Kongress vertretenen Parteien ergibt sich u. a., daß England 30, Frankreich 3 und Deutschland 20 Stimmen hat.

Hierauf beriet der Kongress über eine von der Kommission für den Bitterbund vorgelegene Resolution. Der Berichterstatter, Lafontaine (Belgien) stellte dazu fest, daß leider nach dem Kriege der Militarismus noch nicht abgeschafft sei. Die Sozialdemokratie stehe vor zwei Möglichkeiten. Entweder, sie müsse darauf hinwirken, daß ein neuer Bitterbund geschaffen werde, oder aber sie müsse versuchen, den bestehenden Bitterbund mit ihrem Geiste zu durchdringen und ihn zu einem wirksamen demokratischen Instrument des allgemeinen Friedens zu machen. Es gebe nicht an, daß alle Kräfte auf ein Volk abgewälzt werden, das soviel am schwersten unter den Folgen des Krieges zu leiden habe. Die Sozialdemokratie werde versuchen, auf die nächste zum 15. November einberufene Bitterbundsversammlung bereits Einfluß in ihrem Sinne zu gewinnen.

10. Genf, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) In der Resolution der Kommission für den Bitterbund heißt es:

Der Internationale Sozialistenkongress stellt fest, daß der Vertrag von Versailles und die Verträge, die ihm gefolgt sind, die Welt in einem Zustand der Unfriedlichkeit und Verzweiflung gelassen haben, der ein viel bedauerlicherer Zustand ist, als er vor dem Kriege im Jahre 1914 war. Dieser Zustand führt zum Weiterbestehen oder zum Wachstum des Militarismus mit den Gefahren, die damit zusammenhängen. Der Friedensvertrag hat eine Organisation des Bitterbundes geschaffen, die die arbeitenden Klassen im Interesse des Friedens nicht mit Gleichgültigkeit behandeln können, aber sie haben die Verpflichtung, das Ungenügende und Unvollständige dieses Bitterbundes klar darzulegen, dessen verdamnungswürdige Bestimmung die durch Art. 12 des Vertrages erfolgte Anerkennung des Rechtes auf Krieg ist. Der Bitterbund kann nur eine tatsächliche Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem internationalen demokratischen Organismus wird, zusammenfassend alle Bitter aller Völker, wenn er sich als föhler erweist, den einogebundenen Verpflichtungen nachzukommen, die bereits vom Zürcher Kongress festgelegt worden sind, und wenn er die Mittel der Kontrakte und der Sicherung hat, die ihm ermöglichen werden, durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Wasser durchzuführen.

Es genügt nicht, daß der Bitterbund eine demokratische Verfassung hat. Zu wünschen ist die Ausdehnung seiner Verfassung hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Transportmittel und auch der finanziellen Kriegskosten, die nicht bloß zum größten Teil zu Lasten der Nationen gehen können, die am meisten unter der Last des Krieges gelitten haben. Der Bitterbund wird, so verbessert und vervollständigt, das natürliche Werkzeug abgeben für die notwendige Umwandlung des Friedensvertrages von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden. Gestaltend an den Grundzügen der Wiebergutmachung wird er eine gerechte Anwendung ermöglichen in der Art, daß den Völkern Europas die Mittel gegeben werden, sich im gemeinsamen Interesse der Welt zu erholen. Er wird die Landesgrenzen, die durch den Friedensvertrag endgültig festgelegt worden sind, durch Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen.

Der Internationale Kongress fordert daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtige Organisation des Bitterbundes Eingang zu verschaffen, und hätte auf diese Weise innere Zusammenziehung zu ändern und seine Verfassung zu erweitern, um die Garantien zu schaffen für die Ueber-einstimmung aller Völker, die gleichmäßig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. In einem so geordneten Friedenszustande wird das ganze Weltvölkerrecht befreit von dem Abdruck des Krieges und von der Gefahr der Kämpfungen, seine Anstrengungen für seine vollständige Befreiung bis zum endgültigen Siege fortsetzen können.

10. Genf, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Auf der heutigen Vormittagsung beschäftigte man sich mit der Frage des Bitterbundes. Es sprachen hauptsächlich Delegierte der freigeschützten Staaten, die den Friedensvertrag von Versailles und den Bitterbund stark kritisieren und dafür eintraten, daß die Internationale ihren Einfluß in diesen beiden Richtungen geltend mache. Verstein (Deutschland) unterhielt die Ausführungen. Es gab kein Verdrößerwort, weder ein deutsches, noch ein anderes, denn Föhler und Verdröchen seien bei allen Nationen begehren worden. Verstein wurde Beifall erteilt, als er ausführte, daß der Vertrag von Versailles nicht nur das deutsche Volk schwer gedrückt habe, sondern auch eine fähige Beunruhigung für Europa sei. Deutschland wolle wirklich den Frieden und sei doch so wehrlos gemacht worden, daß es nicht einmal seine Grenzen im Osten schützen könne.

Zu dem von uns im Wortlaut mitgeteilten Resolutionsentwurf über die Kriegsschuldfrage bemerkt der „Vorwärts“:

„Die Resolution enthält, trotz aller Bemühungen, selbst zu sein, immer noch eine so einseitige Beurteilung der Deutschen, daß wir glauben möchten, die deutsche Delegation werde ihre Zustimmung zu der Resolution in dieser Fassung nicht geben. Von uns aus müssen wir schon jetzt Einspruch dagegen erheben, daß die Resolution eine solche Sätze aus der Denkschrift des deutschen Parteivorstandes herausgreift, um daraus eine deutsche Selbstanklage zu konstruieren und dagegen aber ebensoviele Sätze, wie z. B. jene über die russischen Kriegstreiber und die deutsche Begründung, warum die Resolution vor fünf Jahren eine Unmöglichkeit war, einfach unter den Tisch fallen läßt.“

Der Vorstand der sozialistischen Reichstagsfraktion hat wegen der Resolution über die Kriegsschuldfrage folgende Telegramme nach Genf geschickt:

„Fraktionsvorstand hält Zustimmung der deutschen Delegation zum Genfer Ausschlußantrag für unmöglich, da Abschlüsse anderer Länder nicht geöffnet sind und deshalb Urteil über Schuldfrage ganz einseitig und ungerecht wäre.“

Der Internationale Bergarbeiterkongress.

10. Genf, 2. Aug.

Auf Schluß der Vormittagsung (Verf. Dienstnummer des „Vorwärts“) teilte der Vorsitzende mit, daß er den Leiter des internationalen Arbeitsamtes Thomas eingeladen habe, den Sitzungen beizuwohnen. Thomas, mit Beifall begrüßt, erklärte, daß das internationale Arbeitsamt in diesem Kontakt mit den Arbeiterorganisationen der ganzen Welt bleibe und mit allen Kräften an der Erhaltung und dem Ausbau der sozialpolitischen Errungenschaften arbeiten wolle. Thomas hofft, daß die Arbeit des Kongresses, auf den die ganze Welt mit Erwartung blicke, in Einigkeit vor sich gehen und zum Nutzen der ganzen Welt dienen werde.

In der Nachmittagsung kam der Entwurf der Belgier für die neue Statuten zur Verhandlung. Hierzu nahm zuerst der belgische Delegierte Desjardins das Wort: Der Krieg hat die ganze Welt über den Haufen geworfen und neue Lebensbedingungen geschaffen, denen sich auch die Bergarbeiter anpassen müssen. Deshalb ist ein neues Programm notwendig. Neben der Forderung auf Sozialisierung und Herabsetzung der Arbeitszeit muß auch der Kampf gegen den Krieg erklärt werden. Selbst hat der Vorsitzende recht, wenn er wünscht, daß über Vergangenes nicht gesprochen werden soll. Aber andererseits müssen auch die Deutschen erklären, daß sie nichts mehr mit ihrer Bourgeoisie zu tun haben wollen. Die Belgier und Franzosen können nicht bezweifeln, daß die Deportationen unter Zustimmung der belgischen Völker vorgenommen worden sind. Wenn sich die belgischen Arbeiter von ihrer Bourgeoisie vollständig getrennt haben, dann werden wir wieder Vertrauen haben können.

Präsident Emille erinnert daran, daß im Jahre 1914 im Mai in Brüssel bereits von der deutschen Delegation ein Vorschlag für neue Statuten eingebracht worden sei, deren Ausführung nur der Krieg verhindert habe. Die belgischen Delegierten sind im großen und ganzen mit dem Vorschlag der Belgier einverstanden. Aber es erscheint notwendig, daß die einzelnen Nationen sich noch näher mit der Angelegenheit befassen. Die Angelegenheit muß dem internationalen Komitee zur näheren Prüfung und Ausarbeitung unterbreitet werden, das dann auf dem nächsten Kongress über die Angelegenheit endgültig berichtet und Anträge einbringen kann.

Der Generalsekretär der belgischen Bergarbeiter Bismans erklärt, daß er mit voller Macht die Einigkeit anstrebe. Aber man müsse nicht rückwärts, sondern vorwärts schauen, sonst würden alle Anstrengungen auf eine Verflüchtigung scheitern. Präsident Emille hat durchaus Recht, daß bei Beginn des Krieges eine Verständigung zwischen den einzelnen nationalen Bergarbeiterorganisationen unmöglich war, weil sie durch das Militär unterbunden war und die Besprecher aller Länder ins Feuer blies. Jetzt aber hat sich alles gründlich geändert. Deutschland hat mit seinem Militarismus aufgeräumt und die Deutschen können nur wünschen, daß die anderen Länder ihrem Beispiel folgen werden. Gegen den Wortlaut der Zustimmung zu den Deportationen erklärt der deutsche Vertreter, daß die deutschen Gewerkschaften alles getan hätten, um die deportierten Arbeiter wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Dieser Versuch wurde von den Militaristen gewalttätig unterdrückt; unsere Zeitungen wurden vom Schwelgen gezwungen. Wenn die Belgier und Franzosen das nicht wissen, so müsse ihnen das heute feierlich beschieden werden. Aber auch die Deutschen haben ein Recht, über ihre Leiden zu sprechen, nicht über die Leiden des Krieges, sondern über die Leiden, denen das deutsche Volk seit Friedensschluß unterworfen ist. Darum fort mit den gegenseitigen Vorwürfen, die nur den Absichten der Kapitalisten aller Länder dienen. Vereinen wir uns auf dem Boden der humanen Schweiz, dem Lande der Demokratie, dem Lande des roten Kreuzes, damit es einmal besser wird. Dem Antrag der Belgier auf Statutenrevision stimmen wir Deutschen zu. Nur wünschen wir eine größere Berücksichtigung der Arbeitszeit. In Deutschland haben die Bergarbeiter bereits eine Arbeitszeit von sieben Stunden und

eine Frage, vielmehr eine in den meisten Branchen längst vollzogene Tatsache ist, nicht mit Willkürlicher Sentimentalität; doch mit achtbarer Pietät behandelte er den „letzten Mobilkamer“.

In dem Untergang des Individualitäten der Arbeit und dem Sieg des Großkapitalismus konnte dieser Dichter sein Gemüthen nicht finden; das neue Element seines Schauders ist der dritte Mann: der Kollektivist. Im dritten Akt ist eine Szene, die heile des Stücks, da beagungen sich die drei: der alte Handwerker, der gemaltige Fabrikführer und der Jüngling, dem nach des Verfassers Ueberzeugung die Zukunft gehört: der Vertrauensmann der Fabrikarbeiter. In dieser Szene gewinnt auch der sonst allzu entmaterialisierte Dialog seinen Boden. Leider gelang nicht die Ausgestaltung des Problems in den letzten Akten, die vielmehr ganz dem alten Bühnenmeister gehören und ihn in pseudo-romantischen Wahn und Selbstmord treiben. Es ergibt sich die alte Lehre vom „Blut des Goldes“. Daneben eine Liebesgeschichte, in der es bühnenreif ist. Da und dort ein Funke, aufstrebend von einer neuen Welt.

Germann Riessl.

Das Lustspiel „Peterle“ von Lothar Sachs, dem Mitverfasser von „Meine Frau, die Hofschaffmeisterin“, kommt im September im Arnberger Stadttheater zur Uraufführung.

Kunst und Wissenschaft.

Die Galerie Moos hält ihre Ausstellungsräume auch im Monat August geöffnet. Neu ausgestellt sind Werke folgender Künstler: Martin Böhm, Julius Gerhardt, Karl F. Grether, Wilhelm Hempina, Gustav Kullrich, Wilhelm Kink, Eugen Vinnai, Professor Wilhelm Holz, W. H. Widerrschmeier.

Eine französische Zeitschrift für Verständigung. Unter der Schriftleitung von Edouard Dujardin erscheint in Frankreich demnächst eine zweimonatliche Zeitschrift unter dem etwas seitlichen Titel „La Seconde Revue Wagnerienne et Cahiers idealistes francais“. Selbst ist der Titel besonders

darm, weil man auf der Anstündigung steht, in diesen Hefen werde kaum mehr von Wagner die Rede sein als von den anderen führenden deutschen und französischen Geistes auf dem Gebiete der Kunst und der Politik. Eine Anmerkung weist darauf hin, daß die erste Revue Wagnerienne in den Jahren 1885 bis 88 erschien und nur dazu bestimmt war, die Franzosen mit Baamers Wert bekannt zu machen. Die zweite Revue Wagnerienne, die ein Programm internationaler Geisteskultur verwirklichen will, fordert unter dem Symbol dieses verehrten Namens die Dichter, die Gelehrten und Philosophen von beiden Seiten der Grenze auf, sich einander zu nähern, sich zu verständigen, sich kennen zu lernen und zu lieben.

Kleines Feuilleton.

„Eine jede Kugel, die trifft ja nicht.“ Wie wahr diese Worte des alten skandinavischen Soldaten an seine Louise sind, hat auch im Weltkriege jeder an der Front wieder mit einem gewissen Staunen erfahren; trotz aller schmerzlichen Verluste konnte man nach einem bestimten Geschosse doch immer feststellen, daß die Zahl der Toten und Verwundeten in gar keinem Verhältnis zu denen ist, die dem ansehnlichen Aufwand an Munition, die da verschossen war. Diese allgemeine Beobachtung hat nun ein französischer Arzt durch bestimmte Zahlen zu erklären versucht. Dr. Mercier hat im Jahre 1917 5 Monate hindurch die genauesten Beobachtungen bei drei Heeresgruppen, die an der Front neben einander lagen, gemacht und teilt jetzt seine Feststellungen im „Correspondant“ mit. Die eine Armee hatte einen ruhigen Frontabschnitt, die andere einen sehr lebhaften, und bei der dritten fanden Angriffe statt. Die meteorologischen und Sichtverhältnisse waren an allen drei Abschnitten gleich. In den fünf Monaten erhielt nicht die Armee an dem ruhigen Abschnitt 808 000 deutsche Artilleriegeschosse und hatte 809 Tote und 4168 Verwundete. Auf den unruhigen Frontabschnitt kam ein Hagel von 717 000 Geschossen, denen 2733 Tote und 10 756 Verwundete zum Opfer fielen. Der

Angriffsabschnitt aber erhielt 2 529 000 Granaten und verlor durch Artillerie 9703 Tote und 40 488 Verwundete. In dem ersten Abschnitt wurden durch 1000 Granaten 630 2 Mann getötet und 10 verwundet, im zweiten 4 getötet und 15 verwundet, im dritten 4 getötet und 164 verwundet. Bei einem Angriff in den mörderischsten Augenblicken des Kampfes verlor die Sturmtruppe durch 1000 Granaten 536 5 Tote und 24 Verwundete. Dr. Mercier stellt danach zum Schluß fest, daß in den 6 Monaten der lebhaftesten Kampfaktivität des Jahres 1917, im Sommer und im Herbst, 395 Artilleriegeschosse abgegeben wurden, die 1 Mann getötet, und 76, eine verwundet wurde.

Zeitungswesen in Sowjetrußland. Nach „Bremja“ ist vor einiger Zeit ein Moskauer Großbuchhändler in Schweden eingetroffen, der über die augenblickliche Lage des Verlagswesens in Sowjetrußland folgendes mitteilt: Die größte Zeitung in Rußland ist augenblicklich die Moskauer amtliche Zeitung „Iswestija“. Sie hat eine Auflage bis 2 Mill. Exemplare. Nur die ausgezeichnete Ausrichtung der Buchdruckerei von Sankt hat es ermöglicht, daß die Bolschewiken diese Zeitung so außerordentlich vergrößern konnten. Eine andere Moskauer Zeitung, die „Pravda“, bringt es auf etwa 100 000 Abzüge täglich. Diefelbe Auflage erreicht auch die Petersburger „Pravda“. 4-5 andere bolschewistische Zeitungen, die in Moskau erscheinen, sind „Bolschewik“, „Economiche“, „Kaja Sibir“, „Rednota“ usw., die aber nur einige tausend Nummern täglich erreichen. Als einzige Tageszeitung nicht bolschewistischer Richtung erscheint in Moskau die Zeitung „Moskwa“, die aber nichts aus dem Gebiete der Politik bringt und ausschließlich Literaturbeiträge und Informationsmaterial veröffentlicht.

Schwedischer Humor. (Das lässliche Gift.) „Trinken Sie Kaffee?“ fragte der Arzt den gelenden Patienten. — „Ja, leidenschaftlich.“ — „Das lassen Sie besser bleiben, Kaffee ist ein langsam tödendes Gift.“ — „Ja, sehr langsam, ich habe ihn beinahe achtmal Jahre täglich getrunken.“

Erstes Blatt

Das Ziel muß die sechsstündige Arbeit sein. Eine Arbeitszeit von acht Stunden für die deutschen Bergarbeiter ge-...

W. Genf, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht). Die Erklärung Sarrus gegen die deutschen Bergarbeiter, daß diese in einem 1914 veröffentlichten Artikel 'Le Américain'...

W. Genf, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht). Die internationale Bergarbeiterkonferenz, die heute vormittag ihre Beratungen fortsetzt, hat heute die Sache, nämlich die...

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 3. Aug.

Die Sitzung beginnt um 10 Uhr vormittags. In Beantwortung von

Aufträgen

teilt die Regierung mit, daß die Berliner Einwohnerwehr aufgelöst worden ist. Die Waffen sind der Sicherheitspolizei übergeben worden.

Eine Ermächtigung der Regierung für die Einreise von Holland nach Deutschland wird in Aussicht gestellt. Ferner wird von einem Regierungsvertreter erklärt, daß Montagu...

Präsident Eberth bittet die Mitglieder, sich daran einzurichten, daß die Beratung heute noch nicht zu Ende geht.

Kleine Vorlagen.

Das Gesetz zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über gemischte Schiedsgerichte und die Vollziehung ausländischer Urteile wird endgültig angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Verordnung über die Lohnpändung. Der Entwurf verbodet im Hinblick auf die Vertretung der Lebensbedürfnisse das bisher nicht verpfändbare Einkommen.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert die Herabsetzung der Pändungsgrenze auf 7000 Mk. bzw. 6000 Mk.

Von einem Regierungsvertreter wird dem widersprochen, da weitere Einkommente freibleiben, wenn Kinder oder sonstige unterstützungsbedürftige Verwandte zu berücksichtigen sind.

In der zweiten Lesung wird der Antrag im Wege der Ueberwälzung mit 171 gegen 125 Stimmen abgelehnt und der Entwurf darauf unverändert angenommen, ebenso in der Gesamtabstimmung.

Eine Erörterung wird der Entwurf über die Eintragung von Grundeigentum und über die Beitragsleistung zur Redar-Main-Donaufanalisation endgültig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwaffnungsgesetzes.

Abg. Lübbering (Soz.): Wenn die Einwohnerwehren nicht entwaffnet werden, werden wir der Kontrolle nicht zustimmen. Er beantragte daher Aufnahme der Bestimmungen in § 1: Die Reichswehr und Berufspolizei sind von der Ablieferungsverpflichtung der Waffen befreit.

Abg. Rosenfeld (U.S.): Es würde eine Bekämpfung genügen, worin die Regierung die unvermeidliche Ablieferung der Waffen fordert und gegen Verstöße wirksame Strafen androht. Das Gesetz ist lediglich gegen die Arbeiter gerichtet.

Minister Dr. Koch: Wir wollen durch das Gesetz verhindern, daß ein Teil des Volkes gegen den anderen bewaffnet vorgehen kann. Wir wollen die Notwendigkeit vermeiden, auf Grund des Ausnahmezustandes vorzugehen, was eine viel größere Beschränkung der Freiheit zur Folge hat. Der Antrag Lübbering ist für die Regierung unannehmbar.

Abg. Hofmann-Rudowigshagen (Ztr.): Die Regierung muß das Gesetz durchführen, denn sie trägt die Verantwortung gegenüber der Entente.

Abg. von Gallowitz (D.N.): Wir haben trotz aller Bedenken uns mit den meisten Punkten der Vorlage einverstanden erklärt. Die Bestimmungen, die den Kommunisten berechtigt, das Reichs-Post-, Telegraphen- und Fernsprechgewerbe aufzuheben, lehnen wir ab, ebenso die Verpflichtung, daß dieser die Abgabe eidstattdlicher Bescheinigung über Besitz oder Verbleib von Waffen verlangen darf.

Abg. Dr. Curtius (D.Vp.) empfiehlt den Antrag der Koalitionsparteien, der dem Reichskommissar einen parlamentarischen Beirat beilegt, dessen Einzelmandat zu allen grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen ist.

Abg. Fick-Röllin (Soz.): Das Gesetz entspricht der Notwendigkeit. Deshalb ist es erwünscht, daß es eine möglichst breite parlamentarische Basis bekommt.

Abg. Frau Petkin (Komm.): Das Gesetz wird mit unwürdiger Eile durchgepeitscht. Es sollte die Ueberlieferung tragen: 'Gesetz zur Niederhaltung des Proletariats.'

Abg. Lipinski (U.S.): Die Unruhen in Zittau haben ihren Grund in der ungeheuren Lebensmittelerhöhung.

Reichsminister Dr. Koch: In Zittau hat die Menge die Entwaffnung der Sicherheitspolizei verlangt. Als diese Forderung nicht bewilligt wurde, riß sie die öffentliche Gewalt an sich. Es ist einwandfrei festzustellen, daß die Menge erhebliche Waffenbestände zur Verfügung hatte. Die Reichsregierung hat mit diesen Vorgängen nichts zu tun. Sie hat zu dem sächsischen Ministerpräsidenten das Vertrauen, daß er derartige unbillige Zustände nicht dulden wird. Die Entwaffnung wird für alle Teile des Volkes von Nutzen sein.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Sauerbrei und Kemmle (U.S.) werden in der Einzelberatung verschiedene Paragraphen unter Ablehnung der Abänderungsanträge angenommen. Annahme findet der Antrag der Koalitionsparteien, wonach der Reichskommissar von Fall zu Fall entscheidet, wann militärische und politische Organisationen von der Ablieferungspflicht befreit werden.

Die anderen erwähnten Anträge der Koalitionsparteien werden ebenfalls angenommen. Der Antrag betreffend die Wahrung des Briefpost- und Fernsprechgeheimnisses findet einstimmige Annahme.

§ 9 betreffend die Befugnis des Reichskommissars, Organisationen zur Durchführung seiner Aufgaben zu schaffen und die Abgabe eidstattdlicher Bescheinigung zu verlangen, wird gestrichen. Der Rest des Gesetzes bleibt im wesentlichen unverändert.

Es folgt die dritte Lesung des Notstandsgesetzes.

Abg. Selschick: Wir haben im Ausschuss unsere schweren Bedenken gegen die jetzige Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage werden wir erst im Plenum bei der Beratung des Haupttitels darauf zurückkommen.

Minister des Innern Koch teilt mit, es werde daran festgehalten, daß in Deutschland nur solche aus dem Auslande hereinkommende Personen Unterkunft finden, die auf geordnetem Wege und mit einem Paß versehen hereinkommen. Alle anderen müssen interniert oder abgeschoben werden.

Der Minister geht dann auf die Reichsschulkonferenz ein. Sehr wünschenswert wäre es, wenn wir als Gegenstück zum Reichswirtschaftsrat einen Reichskulturrat bekämen.

Abg. Mumm (D.N.) bittet den Minister, im Sinne der bereits gefassten Entscheidung des Hauses den Antrag fremdständiger Elemente abzuwehren. In Berlin sind viel mehr als 40000 Ostjuden, vielfach mit gefälschten Pässen. Von den 500-600 Lebensmittellieferern in Neu-Kölln sind neun Zehntel Juden. Das 'Berliner Tageblatt' selbst sagt, daß es Galizier und Russen seien.

Abg. Karel (Dem.): Unsere Zustimmung zu der Entscheidung hat nichts mit Rassen- oder Klassenhaß zu tun. Die Abwehr der Massenwanderung ergibt sich lediglich aus der jetzigen Notlage des eigenen Volkes. Auch gute deutsche jüdische Eigenen empfinden diese Einwanderung als Last. 75 Prozent aller verhafteten Gold- und Silberdiebe gehören zu diesen Einwanderern.

Die Abg. Rosenfeld und Löwenstein (U.S.) befanden ihre abweichende Auffassung.

Abg. Kunze (D.N.) empfiehlt die Herausgabe einer Denkschrift über die Wägen der Schulgefehrung und der Gründung eines Reichsschulamtes.

Abg. Westscheid (U.S.V.): Es ist bezeichnend, daß gerade heute Herr Mumm eine Hafenzurückrede hielt, an demselben Tage, an dem ein fremdstaatlicher Mann an die Spitze des deutschen nationalen medienburgischen Ministeriums getreten ist. Die Entscheidung richtet sich ganz einseitig gegen jüdische Einwanderer. Wir fordern die Aufnahme einer objektiven Statistik über die gesamte Ein- und Auswanderung.

Abg. Rheinländer (Ztr.): Wir wünschen kein Reichsschulamt, weil die Länder die Schulhoheit behalten müssen.

Die Beratung wird abgebrochen.

In Beantwortung einer Anfrage erklärt die Regierung, daß zu Beihilfen für heimgekehrte Kriegsgefangene 150 Millionen Mark auszugeben seien. Die Frage der Gewährung neuerlicher Erleichterungen werde erwogen.

Mittwoch 1 Uhr: Fortsetzung der Haushaltsberatungen. Interpellation über Arbeitslosigkeit.

Schluß 8 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Notlage des Zeitungsgewerbes.

Wie das Volkswirtschafts-Bureau meldet, hat eine am Samstag in Nürnberg abgehaltene, sehr stark besuchte Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsgewerbetreibender noch eingehender Erörterung eine Entscheidung angenommen, in der im Hinblick auf die außerordentliche Steigerung der Preise des Druckpapiers und auf die damit im Zusammenhang stehende Notlage der Papierfabriken der Reichstag und die Reichsregierung dringend aufgefordert werden, hier einmal nach dem Recht zu sehen, da es nicht angängig ist, daß sich die Papierfabriken durch die Macht des Ringes auf Kosten der Allgemeinheit in unerhörter Weise bereichern. Die Versuche der Selbsthilfe seien vergeblich gewesen. Es wird gefordert, sofortigen Preisabbau für Zeitungspapier auf vorläufig wenigstens 2/3, wenn nötig Zwangsmaßnahmen gegen den Papierfabrikanten. Ferner wird verlangt, bei den Ländern des Reiches darauf hinzuwirken, daß das für die Herstellung des Zeitungspapieres notwendige Holz zu entsprechenden Preisen zur Verfügung gestellt wird. Schließlich wird verlangt, dafür zu sorgen, die erforderlichen Rohstoffe für die Fabriken sicher zu stellen, damit neue Preisaufschläge nicht mit Arbeitsunterbrechung begründet werden können. Räte der Abbau des Papierpreises auf der angenommenen Grundlage nicht sofort zu fassen, so wäre der Zusammenbruch der deutschen Presse unvermeidlich. Technisch lägen die Verhältnisse bei dem Gebiete der Druck-

farbe. Weiter wurde von der Reichsregierung die Abschaffung der Anzeigensteuer verlangt; dann wurde gefordert, von der bevorstehenden erheblichen Erhöhung des Postzeitungsstarfes abzusehen, zumal es im eigenen Interesse der Reichsregierung und aller nachgeordneten Stellen liege, den Zusammenbruch der Zeitungen zu verhindern, weil nur mit dieser Hilfe Regierung und Behörden die unentbehrliche Fühlungnahme mit dem Volk behalten können. (Nach unserer Kenntnis der Dinge ist ein Preisabbau beim Zeitungspapier ebenso möglich wie bei jenem Papier, das zum Druck von Büchern u. dergl. verwendet wird. D. N.)

Reichsschulamt.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: 'Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung die Abteilung III des Reichsministeriums des Innern zu einem Reichsschulamt auszuscheiden.'

Tagung der Heereskammer.

Am 3. August tritt die Heereskammer zu einer kurzen Tagung in Berlin zusammen, in der sie sich in der Hauptsache konstituiert. Kurze Zeit darauf findet eine neue Tagung statt, in der sich die Heereskammer mit dem neuen Reichswehrdruckschiff beschäftigt soll.

Die Entwaffnungsfrage in Bayern.

Wie unser Münchener P.-Mitarbeiter drabtet, ist die bayerische Bevölkerung mit den Reichstagsverhandlungen über die Einwohnerwehren nicht einverstanden. Die Einwohnerwehrfrage wird in Bayern nach wie vor als eine Lebensfrage betrachtet. Man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, daß sie in der letzten Zeit aus der öffentlichen Diskussion etwas zurückgedrängt worden ist. Man hat sich aber keine Illusionen darüber für überflüssig gemacht. Man ist auf jeden Fall entschlossen, die Waffen nicht herzugeben, unbekümmert um alles, was im Reichstag geredet und beschlossen wird.

Die Befürchtung, daß Bayern die Einwohnerwehrorganisationen als Gnadenbesitzer der Entente annehme, ist so grundlos wie die Erwartung, Bayern werde um französische Nachgiebigkeit betteln oder werde wirtschaftliche Konzessionen der Entente nicht als Danaergeschenk erkennen. Der Kern des Volkes würde sich gegen ihre Urheber richten. Außerdem läßt man sich aber von Berlin aus der bolschewistischen Gefahr gegenüber nicht einschließen. Das ist um so mehr zu bedenken, als ein gewisses Vertrauen zum neuen Außenminister Dr. Simons zweifellos im Reinen ist. Im allgemeinen kann man sagen, daß Führer nach Belien ebenso abgelehnt werden wie die nach dem Osten gerichtete mittelbayerische Sozialistenschule. Deutschland ist aus der Lage von 1914, dem diplomatischen Zweifrontenkampf, noch nicht herausgerückt. Im Kampf um unsere Selbstbehauptung gibt es auf absehbare Zeit leider nur einen Trumpf, und das ist unsere innere Einheit. Deshalb darf auch unsere innere Neuordnung nicht unter ausländischer Einmischung erfolgen, noch darf dies von deutscher Seite herbeigeführt werden. Gerade die Spuren der bayerischen Geschichte sind davon ab. Die Politik der Bawaria ist noch bei jeder ausländischen Ehe fähig anagang.

Ausführungsbefimmungen zum Glücksspielgesetz.

Bei den Behörden und dem Publikum besteht vielfach die Annahme, daß nach dem Glücksspielgesetz vom 2. Dezember 1919 Spieltüds und ähnliche Veranstaltungen bedinglich erlaubt werden könnten. Um jeden Zweifel zu beseitigen, hat die Reichsregierung Ausführungsbefimmungen erlassen, die am 1. August 1920 in Kraft treten. Danach kann die bedingliche Erlaubnis nur für sogenannte harmlose Glücksspiele, die sich mit geringen Einsätzen schon bisher auf den Jahrmärkten, bei Schützenfesten zeigten und bedinglich zugelassen waren, erteilt werden. Spieltüds und sonstige Glücksspielveranstaltungen sind von der Zulassung ausgeschlossen. Eine etwa für solche Veranstaltungen bereits erteilte Erlaubnis wird mit dem Inkrafttreten der Ausführungsbefimmungen ohne weiteres hinfällig. Daber hat auch das Kasino in Barmünde mit dem 1. August seinen Spielbetrieb einzustellen.

Kommunistischer Uebermut.

In München waren, wie unser dortiger P.-Mitarbeiter drabtet, am Montagabend zwei große kommunistische Versammlungen. Der Landtagsabgeordnete Kaufmann Eisenberger, der einem Beschluß des Landtags zum Trost nicht zur Strafvollstreckung vor dem Volksgericht erliegen und den dies auch nicht ohne besondere Landtagsbeschlüsse zwangsweise vorführen zu lassen wagte, leistete sich dabei folgende Ausföhrungen: 'Keine Versöhnung! Ueber die Niederlage des Bürgerturns hinweg zum Siegel Mit eigener Faust muß sich das Proletariat sein Recht nehmen, und wenn die Welt darüber zugrunde geht...! Müßten doch Auslandsrote Garden hereinkommen und uns beschießen, ein für allemal...! Aber kein russischer Arbeiter wird deutschen Boden betreten, bevor nicht das deutsche Bürgerturn gekniet am Boden liegt. Die deutschen Offiziere werden wir unter unsere Diktatur zwingen...! Wir werden alle in Festungslager oder sonst im Gefängnis stehenden Revolutionärgenossen mit unseren revolutionären Händen herausholen.'

Der Zittauer Pulsch.

Die Einkradikalen in Zittau.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespond.) C. Dresden, 3. Aug. In Zittau kocht man, heute die Ordnung wieder herzustellen an können. Es ist genügend Sicherheitspolizei dorthin dirigiert worden. Die dortige Anwesenheit der Arbeiterrepublik und der Diktatur des Proletariats wirkt lähmend.

Der 15er Ausschuss.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 3. Aug. Zu der Lage in Zittau melden die Mittagsblätter: Der 15er Ausschuss, der sich die Polizeigewalt angemahnt hatte, herrscht immer noch. Er besteht aus drei Sozialisten, zwei Kommunisten, zwei Mehrheitssozialisten, drei Unabhängigen und fünf von den Betrieben Gewählten, die den Linksradiakalen angehören. Da die großen Ueberlandzentralen weiterhin still liegen, sind angeblich Hunderte von Fabriken und Werken zum Streifen gezwungen. Die Stimmung der einseitigen Arbeiterchaft ist unbedingt gegen den Terror und gegen den Streik.

Eisenbahnerstreik.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Zittau, 3. Aug. Die Eisenbahner haben heute morgen die Arbeit niedergelagt. Der gesamte Zugverkehr ruht.

Reichswehr und Landespolizei im Anmarsch auf Zittau.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Berlin, 3. Aug. Reichswehr und Landespolizei sind in Anmarsch auf Zittau. Der Drahtverkehr mit Zittau ist unterbrochen. Aufsehenerreichend reichen nur Lebensmittelzüge die Stadt.

Letzte Nachrichten.

Internationale Donau-Konferenz.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Paris, 3. Aug. Gestern nachmittag wurde die in den verschiedenen Friedensverträgen vorgesehene Konferenz, die die Grundlagen der internationalen Verwaltung der Donau festlegen soll, eröffnet. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde der französische Bevollmächtigte Legrand ernannt. Auf der Konferenz sind vertreten: Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Griechenland, Italien, Rumänien, Südslawien, die Tschecho-Slowakei, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien.

Oesterreich durch Ungarn bedroht?

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 3. Aug. Wie die 'Arbeiterzeitung' meldet, richteten der Sekretär und der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission eine Kundgebung an den Internationalen Gewerkschaftsbund, in der betont wird, daß die ungarische Reaktion das mehrlose österreichische Land bedrohe. Immer stärkere ungarische Truppenkontingente würden an der österreichischen Grenze zusammengezogen. Die österreichische Arbeiterchaft appelliere dringend an die Gewerkschaften von England, Frankreich und Italien, dem österreichischen Volk in seiner äußerst schwierigen Lage beizustehen.

Wien, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die 'Neue Freie Presse' erfährt von ungarischer Seite: In Ungarn betrachte man den Fürsten Jolowich als einen österreichischen Angehörigen, da in Budapest behauptet wird, die Personen, die an dem Waffensraub teilgenommen hätten, seien nicht aus Ungarn gekommen. Allerdings bestehe die Möglichkeit, daß die Waffensammung auf ungarischem Boden verborgen gehalten werden.

Der Tizza-Prozess.

(Eigener Drahtbericht.)

Budapest, 3. Aug. Das Kriegsgericht begann heute die Verhandlungen im Tizza-Prozess gegen diejenigen Angeklagten, die der Militärgerichtsbarkeit unterliegen. Die dem Zivilstande angehörigen Täter erscheinen später vor dem Zivilstrafgericht. Angeklagt sind Oberleutnant Hüttner, Fähnrich Stanczikowsky, Marinefeldwebel Dobo und Sanftmannmann Regelvilheim. Oberleutnant Hüttner erklärte, die revolutionären Verhältnisse ließen in ihm den Mord im Interesse der Nation als nötig erscheinen. Die Notwendigkeit der Ermordung des Grafen Tizza wurde bereits seit Oktober 1918 auf geheimen Versammlungen der Karolyi-Partei erörtert. Für die Ausführung der Tat wurden Hüttner 150 000 Kronen versprochen.

Folgen der Plünderung im Bildizpalast.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Aug. Nach einer Spasmsmeldung aus Konstantinopel ist wegen der Plünderungen im Bildizpalast zur Zeit der Abhebung Abdul Hamids die Beschlagnahme aller Immobilien, Immobilien und Bankdepots u. a. von Enver Pascha, Torgut Pascha, Tschukri Pascha, sowie mehrerer Amtsperjonen, Senatoren und Deputierten durch das Kriegsgericht angeordnet worden.

Rückzug der englischen Truppen in Persien.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. Aug. Die 'Times' melden aus Teheran: Die englischen Truppen zogen sich von Mandschil nach Kaswin zurück, 60 Kilometer nordwestlich von Teheran. Der Rückzug erfolgte unter dem Druck der Bolschewiken und tief in Teheran ein gewisses Ersauern hervor. Auf die persische Regierung machte er einen starken Eindruck.

Der neue Präsident von Panama.

Panama, 3. Aug. Der konservativ-liberale Kandidat Dr. Pelaez Parra wurde zum Präsidenten der Republik Panama gewählt.

W. Steint, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) In der Nacht zum Sonntag griff eine etwa 50 Mann starke Bande die Wachtposten des Kriegesgenenlagers Aidam an, bemächtigte sich ihrer Gewehre, drang in das Lager ein und entwendete dort ungefähr 20 Gewehre. Die Hauptwache des Lagers eröffnete das Feuer und vertrieb die Eindringlinge, die die Gewehre fortwarfen und entflohen. Nur die 15 Gewehre der Wachtposten wurden von ihnen mitgenommen.

W. Swinemünde, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Seit heute vormittag ist ganz Vorpommern mit zahlreichen Dampfbädern ohne Licht und Kraft, weil sämtliche Arbeiter und Beamte der Ueberlandzentrale Stralsund wegen Verweigerung ihrer Lohnforderungen in den Streik getreten sind. Der Streik hat auch auf die Betriebswerte von Swinemünde übergegriffen, so daß sämtliche Badeorte der Umgegend in Mitleidenschaft gezogen werden, desgleichen das Wasserwerk. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Alle bisherigen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Tagesanzeiger.

(Näheres ist aus dem Ansatzeileil zu ersehen.)

Mittwoch, 4. August:

Stadtgarten. Konzert 1/4-1/6 Uhr. Kaffee Bauer. Sonntagskonzert, 8 Uhr. Palastlichtspiele. Neues Programm.

Amthliche Nachrichten.

Ernennungen, Verleihungen usw.

Das Ministerium des Innern hat den Oberverwaltungssekretär Karl Ehret beim Bezirksamt Emmendingen zum Bezirksamt Freiburg verlegt, den Polizeioberwachmeister Karl F. H. ...

Das Staatsministerium hat beschlossen, in gleicher Eigenschaft zu verbleiben die nachgenannten Professoren, und zwar: an das Bertholdsgymnasium in Freiburg Leonhard ...

Die Handwerkskammer Karlsruhe

Hier, wie man aus schreibt, am 30. Juli eine Vollversammlung im Kurienlokal in Freiburg ab. Der Vorsitzende der Kammer, Herr Reichstagabg. ...

Weiterhin wurden lebhaft erörtert die Fragen des Preisabbaus, die Auflösung der Kriegsgesellschaften, welche letztere ein Geschwür am deutschen Wirtschaftsleben darstellen, die Aufhebung der Zwangswirtschaft, ...

Zum Schlusse wies der Vorsitzende noch auf die Beschlüsse der Konferenz in Spaß hin, deren Ausführung unerfährlich von der Erfüllung der Verpflichtung der Entente in Bezug auf Lieferung von Lebensmitteln abhängt. ...

Verbandstag der süddeutschen Fußballvereine.

(Eigener Bericht.)

Am Sonntag vormittag 9 Uhr wurde die Vollversammlung wieder aufgenommen; man konnte beobachten, daß die Erregung vom Tage vorher so ziemlich vorüber war. Ein Antrag auf Einführung einer spielerischen Zeit ...

Weiterhin wurden folgende Anträge vorgelesen und angenommen: 1. Der Süddeutsche Verband empfiehlt sämtlichen Vereinen, die wegen eines Plabes Schwierigkeiten haben, ihren Kommunalverbänden die Vorlage des Karlsruher ...

Als Ort für die nächste Tagung wurde Darmstadt bestimmt.

Es folgen die Wahlen.

Dem bisherigen Vorstand wurde Entlastung erteilt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Dr. Pöpper wieder gewählt. Rechtsanwalt Albert Lehnte eine Wiederwahl zum zweiten Vorsitzenden ab und begründete seine Zielungnahme damit, daß ihm wegen der unerfreulichen Erscheinungen im Verband ein Weiterverbleiben im Amte unmöglich sei. ...

trifft gestatteten, denn Seyfert, Karlsruhe, hätte sich daraufhin bewegen, auch seinerseits eine Wahl zum zweiten Vorsitzenden abzulehnen, doch äußerte er seinen Entschluß nach eindringlichen Vorstellungen von Seiten ...

Eines jedoch steht fest, der Stoff, welcher schon zu Anfang der Tagung erzeugt und nicht aus der Welt geschafft werden konnte, er wird weiter treten und wenn nicht etwas für die unteren Klassen geschieht, zu einer ...

Sport / Spiel.

Der Deutsche Rugby-Fußballverband (Geschäftsstelle Heidelberg) beruft heute (den 4. August) seine Unterverbände und Vereine die „Richtlinien für die Spielzeit 1920-21“, aus denen hervorgeht, daß die Interessen des Rugby-Sports, der in erster Linie dem Wohlfühl der Spieler, ...

Gerichtssaal.

Karlsruhe, 3. Aug. In der Sitzung der 1. Ferienkammer des Landgerichts Karlsruhe vom 2. August standen folgende Fälle auf der Tagesordnung: 1. Die Angeklagte gegen den Fahrer Karl ...

findungshaft; 5. Schmiech Wilhelm Rau aus ... erbielt wegen Betrugs und Urkundenfälschung 5 Monate Gefängnis, abzüglich 7 Wochen Untersuchungshaft. ...

Vom Wetter.

Table with weather forecasts for various locations including Hamburg, Leipzig, Berlin, Frankfurt, etc. Columns include location, wind direction, and weather conditions.

Beobachtungen badischer Wetterstationen

Table with weather observations for Baden stations like Heidelberg, Karlsruhe, etc. Columns include station name, date, and weather details.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Das nördliche Tiefdruckgebiet hat wieder sich nach Osten verschoben und hat die nördliche Mittelzone ...

Rhein-Wasserspiegel

Table with water level data for the Rhine at various points like Schutterinsel, Neff, etc.

Obituary notice for Karl Baumann, im Alter von 19 1/2 Jahren. Im Namen der Hinterbliebenen: Karl Baumann, Elise Baumann, geb. Meiner, Elise Eichsteller, geb. Baumann, Friedrich Eichsteller.

Obituary notice for Alwine Rabold, Kriminalwachtmeisters-Witwe, im Alter von 73 Jahren sanft eingeschlafen. Karlsruhe, 3. August 1920. Wilhelmstr. 74. Die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung Donnerstag vormittag 10 1/2 Uhr.

Obituary notice for Anna, ihre wohlthätige Teilnahme bewiesen haben, sagen wir herzlichen Dank. Besonders fühlen wir uns verpflichtet, den Herren Ärzten und den Pflegerinnen des Ludwig-Wilhelm-Krankenheims für die liebevolle Pflege, sowie der Firma Unterberg & Helme mit ihren Angestellten und Arbeitern für die reichen Kranzspenden, die ehrenden Nachrufe und den schönen Gesang. Durlach den 2. August 1920. Für die trauernden Hinterbliebenen: Frau Bürgermeister Mathi Ww.

Advertisement for Trauerbriefe (mourning letters) delivered quickly and cheaply by C. F. Müllersche Buchhandlung m. b. H.

Advertisement for B. Finkelstein, Rinheimerstr. 10, Tel. 2875 u. 510. Vergessen Sie nicht meine Dame schon jetzt Ihre Winter-Hüte zum Fassonieren zu bringen. Neue Modelle bereits im Hause. S. Ph. Wilhelm, Kaiserstraße 205.

Advertisement for Schweizer Apfelwein, prima glanzhelle Qualität. In Leihfässern jede Größe. (In Eigentumsfässern entspr. billiger) offeriert. B. Finkelstein, Rinheimerstr. 10. Tel. 2875 u. 510. Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Wer Bedarf hat, wolle die günstige Gelegenheit benutzen.

Advertisement for Stärk- u. Haus-Wäsche, wird zum Stärken, Waschen und Bügeln angenommen. Lieferzeit 8 bis 10 Tage. Dampfwasch-Anstalt Berthold Roll, Bulach. Neue Anlage Nr. 5. Telefon Nr. 3186. Annahmestellen: Veichenstr. 18 Kronenstr. 17 Werderstr. 81 Goethestr. 31 Kaiser-Allee 51 a.

Advertisement for Brennholz, alle Holzarten liefert laufend in großen Mengen. Josef Vogt, Holzgroßhandlung, Damm i. Wehl.

Advertisement for Metallbetten, Ausfüße, Herrensportgürtel, etc. H. Bieler, Karlsruhe, Kaiserstraße 225.

Advertisement for Vierordtbad, Verschied. Kurbäder, Halb-, Sitz-, Fuß- und Wechselschaber, Duschen, Wägel (Pack-) und Massagen, Dampf- und Heißluft-Kastenbäder etc. Damenbadzeit: Montag und Mittwoch vormittags von 9-11 Uhr und Freitag nachmittags 2 1/2 bis 7 1/2 Uhr. Herrenbadzeit: alle übrige Zeit. An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Advertisement for Die neuen Muster zum Umformen von Damen-Hüten, sind eingetroffen. Frühzeitige Bestellung im Interesse sorgfältiger Bedienung erbeten. Geschwister Gutmann, Kaiserstraße 122.

Advertisement for Ratten, Mäuse, Wanzen, Käfer etc., besetzt unter Garantie bei billiger Berechnung. Zur Selbstverteilung: Packung à Mk. 3.00 erhaltl. Vorsorge-Institut gegen Ungeziefer, Herronstr. 5, F. Hüllstern, Telefon 3196. Annahmestellen: Nulstr. 10. Baden-Baden/Sellerstr. 3. Abbonemonte für Hausbesitzer.

Advertisement for Erdal Schuhputz, Vor Freude tanzt der schwarze Mann, er weih, was Erdal leisten kann. Alleinhersteller: Werner & Merz, Mainz.

Advertisement for Daniels Konfektionshaus, Wilhelmstraße 34 - Fernsprecher 1946, empfiehlt zu Nettopreisen. Jackenkleider Mk. 105, 125, 140. Ripsmäntel Mk. 198.

Advertisement for Brennholz, Buchenscheit und Hölzer 1.90 m lang, über 14 cm Durchmesser, trocken, frei von Knoten, Verbläue, Schmutz, etc. Hans Thiel, Brennholzgroßhandel, Cordel, Ars. Trier.

Die Not der Rheinlande.

Die demokratischen Abg. Korrell, Erkelenz, Schilling und Frau Dr. Küders, die in den besetzten Gebieten gemißt worden sind, haben, wie bereits mitgeteilt, folgende Interpellation im Reichstag eingebracht:

Mit die Reichsregierung in der Lage und bereit, Auskunft zu geben:

- 1. über die Höhe der durch die Besetzung der Rheinlande erwachsenen Kosten.
2. über die Behandlung der Bevölkerung durch die Besetzung und die der Tätigkeit des Reichskommisars bereiteten Bemerkungen.
3. über Maßnahmen zur Verbesserung der Rückkehr der wegen Abwehr separatischer Bestrebungen ausgewiesenen?

Was gedenkt die Reichsregierung gegen die von französischen Staatsmännern geäußerte und beständige Absicht auf Restrennung der besetzten Gebiete vom Deutschen Reich zu tun?

Es hat auch bisher nicht an Ausführungen über die Behandlung der Bevölkerung im Rheinland durch den Reichstag gefehlt. Nur war ein Mißverständnis, daß die Dinge nicht einmal grundsätzlichen in ihrem Zusammenhang dargestellt worden sind. Eine Besprechung im Reichstage ist um so notwendiger, als die französische Politik auf die Besatzungen und Darstellungen des Reichskommisars für die besetzten Gebiete wie auch aller Landesbehörden stets die Antwort zu geben pflegt, es handele sich hier um preussische Staaten, die Stimmung der Bevölkerung sei eine ganz andere, sie sei den Franzosen durchaus wohlwollend und erkenne die Vorteile der französischen Menschenbehandlung durchaus an. Die französische Besatzung ist zur Beseitigung der öffentlichen Meinung Deutschlands somit geeignet, daß sie die deutschen Zeitungen in besetzten Gebiete angehen lasse, Artikel aufnehme, z. B. in der Richtung, die Anklagen gegen die schwarzen Truppen seien unwahr oder übertrieben; die Presse im besetzten Gebiet erfreue sich der größten Freiheit. Erfreulicherweise ist nur ein Blatt am Rhein auf diese Irreführung zurückzuführen.

Weber das Ausland, noch weite Teile der deutschen Bevölkerung haben eine zutreffende Kenntnis von der wirtschaftlichen und moralischen Lage der rheinischen Bevölkerung. Nachdem der Abg. Korrell bereits in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages vom 20. Juli auf die unheimlichen finanziellen Lasten, die auf die Bevölkerung der Unterbrünung und den Aufenthalt der Truppen und Beamten entfielen, hingewiesen hat, wird die Besprechung der Interpellation die Möglichkeit bieten, vor der ganzen Welt die Tatsache festzustellen, daß die Aufwendungen für die Besetzung so hoch sind, daß sie den finanziellen Ruin Deutschlands herbeiführen können.

Nach dem Friedensvertrage sollten in den besetzten Gebieten nur Truppen in der Höhe der deutschen Besatzung zulässig sein. Das sind etwa 72.000 Mann. Zurzeit befinden sich aber allein 125.000 französische Soldaten in den Rheinländern. Ueber das Maß dessen, was Offizieren und Mannschaften zu gewähren ist, hat die deutsche Regierung überhaupt bisher keine Mitteilung erhalten. Die amerikanische Militärbehörde berechnet diese Aufwendungen für ihre Truppen allein auf über 50 Millionen Mark. Es wird darum auch bei der Besprechung der Interpellation der Nachdruck darauf zu legen sein, daß durch die direkte Verhandlung mit den fremden Regierungen endlich einmal eine Begrenzung der Zahl der Besatzung sowie des Aufwands für den einzelnen Besatzungsmitglied herbeigeführt wird.

Die letzte Frage der Interpellation über die Einmischung französischer Staatsmänner in die innere deutsche Politik wird sich u. a. auch mit der Frage beschäftigen müssen, ob der französische Ministerpräsident Millerand vor wenigen Tagen, wie ein offizieller Parlamentsbericht verbreitete, tatsächlich im Finanzamt für den französischen Vorkriegsminister als Ziel der französischen Vorkriegspolitik die Gewinnung der Rheinlande mit Hilfe der Karte und des Ordenssterns bezeichnet hat.

Es ist zu wünschen, daß in der Besprechung dieser die Leistung Deutschlands beruhenden Fragen das Haus eine Einmütigkeit zeigen wird, die auf die Feinde Deutschlands und auf separatistische Kreise in Deutschland nicht ohne Wirkung bleiben wird.

Ein deutsch-slawischer Kulturverein in Südblawien.

Am 20. Juli fand, wie uns von dort geschrieben wird, in Neufas, dem ehemaligen Hauptort der südblawischen Serben, die Gründung des deutsch-slawischen Kulturvereins für Südblawien statt. Zu der Feier waren Vertreter des ganzen Deutschentums in Südblawien, so aus der Batscha, aus dem Banat, aus Serbien und Slowenien, ferner aus Kroatien, aus Ungarn und Bosnien, im ganzen über 2000, anwesend. Der Zweck dieses Vereins ist die Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschen und Slawen in Südblawien, so überaus wichtigen Ereignisses zu sein und gleichzeitig ein erhebendes Befehnis zum Deutschentum abzulegen.

Der neugegründete Kulturbund, dessen Statuten von der südblawischen Regierung genehmigt worden sind, hat sich die Förderung und Vertretung der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen aller Deutschen in Südblawien zum Ziel gesetzt. Als nächste Aufgabe des Kulturbundes wurde die Ausarbeitung eines großartigen Schulprogramms unter besonderer Berücksichtigung von Fachschulen, dann die Organisation und Konzentration der Turn-, Gesangs-, Les- und sonstigen Vereine und schließlich die wirtschaftliche Organisation der Landbevölkerung durch Gründung von Genossenschaften, bezeichnet. Der neu gegründete Ausschuss, zu dessen Vorsitzenden Leopold Mentals aus Neufas gewählt ist, wurde von der Hauptversammlung unter begeisterten Kundgebungen aufgeföhrt, in diesem Sinne keine Tätigkeit sofort zu beginnen. Bei der Gründungsfeier hat sich die nationale Einheit der Deutschen in Südblawien in überaus einträglichster Weise dokumentiert: Vertreter der katholischen wie der evangelischen Kirche betonten ausdrücklich, daß konfessionelle Grenzen das Deutschentum nicht entzweien dürften. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß der Prinz-

regent ein Begrüßungstelegramm der Gründungsversammlung in herzlichster Weise beantwortete.

Als Ort der nächsten Bundesversammlung wurde Pantsova, die frühere ungarische Grenzstadt an der Temes, bestimmt.

Zum Ausscheiden des Ministers Dietrich.

Minister Dietrich, der nach nahezu zweijähriger Tätigkeit, zuerst im Revolutionsministerium, dann in der verfassungsmäßigen Regierung aus dem Dienst scheidet, gehört nicht zu den Personen, die die Revolution in die Höhe gebracht hat. Im Gegenteil, er hat im Interesse der Allgemeinheit seine Stellung als Oberbürgermeister der Stadt Konstanz, die sicherlich eine sehr begehrte und erstrebenswerte Position darstellt, aufgegeben, auf alle Rechte, die ihm daraus erwachsen waren, verzichtet und eine Stelle im Staatsdienst angestrebt, von der er selbst von vornherein der Überzeugung war, daß sie nur vorübergehend Bestand haben werde. Er hat auch nicht zu den gehört, die, als die Revolution kam, ausbleiben mit radikalen und wenig vaterländischen Redensarten um sich werfen zu müssen. Sene, die in diesen Fehler verfallen sind, haben zwar am Anfang die Volksgunst für sich gehabt, mußten aber bald merken, daß sie sich nicht nur in ein falsches Fahrwasser gegeben hatten, sondern daß sie auch dem schwer niederliegenden deutschen Volk in den Augen des Auslands durch die widerliche Art, mit der sie die früheren Zustände kritisierten und alles, was man früher hochgehalten hatte, heruntergerissen, außerordentlich geschadet haben. Minister Dietrich ist sich in diesen nahezu zwei Jahren vollkommen treu geblieben. Er hat nichts geredet oder getan, was geeignet gewesen wäre, dem deutschen Ansehen und der Würde, die auch ein geschlagenes Volk bewahren muß, Abtrag zu tun. Es war deshalb auch den rechtsstehenden Parteien, die im Waffengang wahrhaftig niemandem geschont haben, unmöglich, irgend- wie seine patriotische Gesinnung anzuzweifeln. Um ihn zu bekämpfen, haben sie sich genötigt, zu bespaugen, er sitze in einem Ministerium, in dem nichts mehr zu tun sei. Aber, der den Minister Dietrich kennt, weiß aber, daß er in einer avantgardistischen öffentlichen Tätigkeit bewiesen hat, daß er nicht nur überall die ihm übertragenen Arbeiten erfüllt, sondern auch stets es als seine Pflicht erachtet hat, sich um alle Dinge zu kümmern, die den Staat als Ganzes angehen.

Mit scharfem Blick hat der nun vor seinem Ausscheiden stehende Minister die Entwicklung der Dinge in Deutschland erkannt. Bei Schaffung der Reichsverfassung, bei der er als Vertreter Badens mitwirkte, hat er eine zu starke Zentralisation befürchtet, weil er der durch die Erfahrungen als richtig bekämpften Auffassung war, daß Massenbehörden in Berlin nicht imstande seien, eine geordnete Verwaltung durchzuführen, eine Tatsache, die inzwischen auch das gesamte deutsche Volk begriffen haben wird, und weil er in dieser Zentralisation auch eine große Gefahr für die Ehrlichkeit der Verwaltung erblickte. Er hat auch wiederholt in der Öffentlichkeit vor einer Überwindung der Zentralisation gewarnt wegen der gefährlichen Folgen, die sie in Bayern auslösen müßten.

Die Steuerpolitik des Reichs hat Minister Dietrich in den großen Gesichtspunkten mitgemacht, bekämpft aber hat die Art, wie Länder und Gemeinden auf Zuschüsse des Reichs angewiesen wurden, ein Zustand, der sich mehr und mehr als unhaltbar herausstellte und der, wie sich Minister Dietrich schon bei Schaffung der in Verzicht kommenden Gebiete ausdrückte, nur eine Episode in der Steuergebarung des Deutschen Reichs darstellen kann.

Die Vorkriegsregierung hat er, wie schon im Krieg, so auch in und nach der Revolution verworfen und erst neulich in einem Artikel ausgeprochen, daß die gegenwärtigen Regierungen denselben Fehler machen, den die kaiserliche Regierung im Krieg begangen hat. Während diese daran scheiterte, daß sie sich in der äußeren Politik zuviel zutraute und zuviel vornahm, sind die gegenwärtigen Regierungen in Gefahr, durch Zuvielregieren in der inneren Politik ebenfalls Schiffbruch zu leiden. Die Zwangswirtschaft hat Minister Dietrich, wie allgemein bekannt ist, aufs schärfste bekämpft und sie auf die Verhinderung von Brot und Kohlen beschränkt sehen wollen, ein Ziel, dem wir ja inzwischen näher gekommen sind.

Wiederholte Schwierigkeiten in der badischen Regierung sind, wie der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, darauf zurückzuführen gewesen, daß der nun abgehende Minister seine eigene Meinung auch dann vertreten hat, wenn er sich in Widerspruch mit seinen Kollegen befand. Dabei hat er sich aber nie dagegen getraut, die durch die Not der Zeit gebotenen Konzessionen zu machen. Wie er uns mitgeteilt hat, sind die Gründe, die ihn veranlaßt haben, auf seinem Ausscheiden zu bestehen, obwohl eine starke Strömung vorhanden war, die die Regierung in ihrem gegenwärtigen Bestand auch weiter bis zu den Neuwahlen 1921 aufrecht erhalten wollte, darin zu suchen, daß er schon seit langem eine Vereinfachung der Staatsverwaltung für notwendig hält und der Meinung ist, daß eben einmal angefangen werden und daher zu allererst die Regierung verkleinert und auch die Zahl der Staatsräte vermindert werden müsse. Er steht ferner auf dem Standpunkt, daß, je mehr Köpfe in der Regierung vertreten sind, um so schwerer der Staat zu regieren ist. Minister Dietrich ist der Auffassung, daß der Staat jetzt so gefestigt ist, daß er eine Umbildung der Regierung ertragen kann.

Zu der bevorstehenden Umbildung des badischen Kabinetts, welche der Landtag in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause in dieser Woche vornehmen wird, wird der Herrg. Korrespondenz aus parlamentarischen Kreisen geschrieben: Die Meldung des Volksbüreaus über die Umgestaltung des badischen Kabinetts ist nicht ganz vollständig, da sie nichts über den Fortbestand der Staatsräte veröffentlicht, die bei der von der badischen Nationalversammlung am 2. April 1919 vorgenommenen endgültigen Regierungsbildung ins Leben gerufen worden sind, um dem Kabinett eine breitere Grundlage zu geben. Ueber die Beibehaltung oder Abschaf-

fung dieses Instituts gingen die Meinungen einige Zeit auseinander, die Ansichten haben sich aber jetzt soweit geklärt, daß die Absicht besteht, die Einrichtung der Staatsräte beizubehalten. In ihren Reihen wird allerdings auch ein Wechsel eintreten, da Staatsrat Dr. Ludwig Haas aus dem Kabinett auszuscheiden wünscht, um sich ganz der Reichspolitik zuwenden. Wie Staatspräsident Geiß, so wird auch Minister Dietrich sein Landtagsmandat beibehalten, letzterer auch sein Reichstagsmandat, um sich stärker als bisher in der inneren und äußeren Politik zu betätigen.

Badischer Landtag.

Das badische Ausführungsgesetz zum Reichsiedelungsgesetz.

(Von unv. parlamentarischen Mitarbeitern.)

Der Verfassungsausschuss des Landtags beendete am Montag nachmittag die erste Besuna des Ausführungsgesetzes zum Reichsiedelungsgesetz vom 11. August 1919. Es wurde einstimmig beschlossen, daß zur Beratung des Arbeitsministeriums in allen Fragen des Siedelungswesens und der Landeskultur sowie zur Durchführung der sich aus dem Reichsiedelungsgesetz und dem badischen Ausführungsgesetz ergebenden Aufgaben ein Landesiedelungsausschuss einzurichten ist. Dieser Ausschuss soll bestehen aus dem Arbeitsminister oder dessen Vertreter als Vorsitzender, aus 3 bis 6 vom Landtag auszuwählenden Landtagsabgeordneten, aus höchstens 10 vom Arbeitsministerium zu ernennenden Vertretern der Siedelungswesen beteiligten Behörden und Körperschaften und aus je 3 Vertrauensleuten der Ansiedler und des alten Besitzes, die nach § 1 Absatz 2 des Reichsiedelungsgesetzes an der Aufficht über das Siedelungswesen mit beschließender Stimme zu beteiligen sind. Die Vertrauensleute der Ansiedler sollen nach Anhörung von Organisationen, welche die Interessen der Ansiedler vertreten, vom Arbeitsministerium ernannt, die Vertrauensleute des alten Besitzes von der Volksversammlung der Landwirtschaftskammer gewählt werden. Der Landesiedelungsausschuss kann Unterausschüsse sowie Bezirksausschüsse bestellen. Die Mitglieder über ihr Amt als Ehrenamt aus; sie erhalten jedoch Ersatz für Arbeitsverlust und Reisekosten nach den für die Bezirksräte geltenden Bestimmungen. Die näheren Vorschriften über die Ausschüsse werden vom Arbeitsministerium erlassen.

Badische Politik.

Siedelungs- und Landbau.

Man schreibt uns: Der vom Ausschussrat der Siedelungs- und Landbau mit der Aufsicht über die Geschäftsführung dieser Pant betraute Sachverständige, vereidigter Bäderrevisor Wilhelm Auf aus Speyerberg, fällt über den finanziellen Stand dieses Instituts folgendes Urteil:

„Seit Wochen beschäftigt sich die Presse aller Richtungen mit der badischen Siedelungs- und Landbau und den bei dem Unternehmen herrschenden Zuständen. Vorläufige aber Art sind von der Presse registriert, Zutreffendes und Unzutreffendes ist behauptet worden und vielfach wurden Diskussionen angestellt, die sich mit dem finanziellen Stand des Unternehmens und mit der Frage betrafen, ob die badische Siedelungs- und Landbau überhaupt noch lebensfähig oder dem Untergang geweiht sei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Siedelungs- und Landbau sich bei dem Unternehmen demerbar gemacht haben und daß bei dem Ausban des Siedelungs- und Landbaus eine schwere Fehler begangen wurden. Immerhin kann ich auf Grund meiner durch die Prüfung der Bücher und der Geschäftsführung erworbenen Kenntnis der Verhältnisse im Gegenfatz zu anderen Behauptungen feststellen, daß der finanzielle Stand des Unternehmens zu Befriedigung keinen Anlaß gibt, sofern man nur der derzeitigen Geschäftsführung Gelegenheit gibt, ihre Organisations- und Reorganisationspläne in Ruhe zur Durchführung zu bringen. Die Geschäftsführung ist bemüht, sich beim Ausbau des Siedelungs- und Landbaus diejenigen Beschränkungen aufzuheben, die durch die Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel geboten sind. Sie ist ferner bemüht, eine Verminderung der Kosten für unproduktive Leistungen herbeizuföhren, den Siedelungs- und Landbau aus dem Stadium des unproduktiven in das produktive in aller Eile überzuführen, den Verwaltungsapparat einfacher und billiger zu gestalten und die vielfach wahrgenommenen Kompetenzfreitigkeiten innerhalb des Verwaltungskörpers zu beseitigen. Einer zielbewußten, tatkräftigen, auf Verminderung der Verwaltungs- und Betriebskosten bedachten Geschäftsführung wird es in Eile gelingen, das Unternehmen dahin zu bringen, daß es seinen Aufgaben gerecht zu werden vermag, sofern nur von Seiten der Presse und der Finanzwelt die Geschäftsführung in ihren Bemühungen unterstützt wird und sofern sie nicht weiterhin unter Mißtrauen und Angriffen aller Art zu leiden hat.“

Beziehung des Freiburger Erzbischofs.

Nur nach 9 Uhr wurde gestern vormittag die Beichte des Erzbischofs Dr. Röderer vom erzbischöflichen Palais am Münster in Freiburg nach dem Münster übergeführt. Verschiedene Vereine, erzbischöfliche Beamte, Vertreter der Stadt, der Universität, der badischen Staatsregierung, Vertreter der Reichs- und Staatsbeamten gaben dem Toten das letzte Geleit. Von geistlichen Würdetägern sah man den Bischof Sebastian aus Speyer, den Erzbischof Schulerer von Gorheim, Dr. Kappeler von Neuenburg, Dr. Allan von Almburg. Feierlich bewegte sich der Zug unter dem Geleit der Glocken nach dem Münster, wo der Verstorbene beigesetzt sein wollte. Im Münster selbst gelebrierte Weihbischof Dr. Necht von Freiburg das Pontifikalrequiem. Bischof Dr. Allan hielt die Leichenrede, in der er in ergreifenden Worten des Heimgegangenen gedachte, in dem die Botsage einen milden Hirten verliert, der für das Schicksal der ihm anvertrauten Gläubigen stets ein offenes Herz hatte. Das große Schiff des Münsters war von einer dichten Menge Gläubiger gefüllt; viele mußten vor dem Portal dem Trauergottesdienste beiwohnen. Kardinalstaatssekretär Caparzi hatte namens des Papstes telegraphisch sein Beileid ausgesprochen. Auch Kardinalbischof Vertram von Breslau sprach telegraphisch sein Beileid aus, zugleich im Namen der Badaer Bischofskonferenz. Ueberaus reichlich war die Fülle der prachtvollen Franzosen, die der neuen Unabhängigkeit an den Verstorbenen Ausdruck verliehen.

Aus den Parteien.

Politischer Lehrgang für Demokraten.

In Baden-Baden wird die Deutsche Demokratische Partei einen zehntägigen politischen Lehrgang vom 30. August bis 8. September unter Leitung ihres Generalsekretärs Dees veranstalten. Die Partei gewährt große Zuschüsse zu den Verpflegungsausgaben, so daß sie wirt-

lich sähige Mitarbeiter aus dem ganzen Lande herbeiföhren kann, um sie auf die Winterarbeit vorzubereiten. Die Wichtigkeit der Parteien ist im heutigen Staat so außerordentlich gewachsen, daß keine Partei, am wenigsten eine demokratische, es verümen darf, ihre Mitglieder immer erneut in die schwierigen Probleme der heutigen Politik und der heutigen Volkswirtschaft einzuföhren. Es ist kein Zufall, daß die Frauen-Abteilung den Kursus zustande bringen will, fähien doch die Frauen vor allem das Bedürfnis nach Fortbildung und politischer Vertiefung.

Die Heidelberger Unabhängigen

haben an den Stadtrat und an den Bürgerausschuss den Antrag gerichtet, den Stadtrat und Bürgerausschuss sofort anzulösen und Neuwahlen auszuführen. Berde dem Antrag, den der Heidelberger Ortsverein der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in einer Generalversammlung gefahrt hat, nicht stattgegeben, so würden sie ihre Vertreter aus dem Bürgerausschuss zurückziehen. Begründet wird der Antrag mit dem Ausfall der Reichstagswahlen, der eine Verflechtung der Parteien gebracht habe.

Aus Baden.

Friedrichstal bei Karlsruhe, 2. Aug. Die letzten Tage waren Tage freudiger Erhebung für die Hiesige Gemeinde. Galt es doch, die zwei neuen Kirchenloden in Gebrauch zu nehmen, deren Anschaffung als Ersatz für die während des Krieges beschlagnahmten Loden von den hiesigen Gemeindebehörden in anerkanntenswerter Weise beschloffen worden war. Am letzten Freitag abend wurden sie nach ihrer Ankunft am Dorfseingang von den obersten Klassen der Friedrichstaler Schulljugend, den kirchlichen und weltlichen Gemeindebehörden in Empfang genommen, worauf sie, mit Blumen und Girlanden geschmückt, unter den Klängen eines Posaunenchor vor die Kirche geleitet wurden, wo nach dem Vortrag von Chorälen der Ortsgeistliche, Pfarrer Schmold, und Bürgermeister Worell kurze Ansprachen hielten. Ihre eigentliche Weihe erhielten die neuen Loden im feierlichen Morgen-gottesdienste, der unter allgemeiner Beteiligung der ganzen Gemeinde sehr erhabend war, zumal da auch noch die beiden hiesigen Männergesangsvereine sehr schöne stimmungsvolle Lieder zum Vortrag brachten, und die Choräle der festernden Gemeinde durch den Posaunenchor begleitet wurden. Es war ein sehr erhebender Augenblick, als nach der Weihe der neuen Loden die bekannten, vertrauten Klänge zum erstenmal wieder vom Turme schallten, während die Gemeinde das Lied „Nur danket alle Gott“ anstimmte. Der darauf folgenden Festpredigt legte der Ortsgeistliche die drei Bibelworte zugrunde, die als Aufschriften die drei Loden schmücken: „Der Weiser ist da und ruft dir! — Friede sei mit Euch! — und „Ehre ist Gott in der Höhe!“

Wahl, 3. Aug. Die hier gebildete Prüfungskommission des Obstandes erhielt von amtlicher Seite die Berechtigung, auch die Obwaren zu kontrollieren sowohl nach Qualität, wie nach Gewicht und Verpackung. Unter Beizuhilfe der Polizeibeamten sind die Mitglieder der Prüfungskommission berechtigt, unentgeltlich oder schlechtes Obst vom Verkauf auszuschließen und zu beschlagnahmen.

Todtmoos, 3. Aug. Als der Doppelmörder Linke, der den Landwirt Simon und Schmeier ermordet und beraubt hat, an den Ort seines Verbrechens geführt wurde, fiel die empörte Menge über ihn her und schlug ihn mit Fäusten und Knüppeln zu Boden. Nur mit Mühe gelang es der Gendarmerie, den Verbrecher der Menge zu entreißen.

Kadolfzell, 3. Aug. Der angeregte Zusammenschluß der Kommunalverbände des Seekreises zu einem Großkommunalverband ist vom Ministerium des Innern abgelehnt worden.

Aus dem Stadtkreise.

Die Blechner- und Installateurlehre Karlsruhe i. B. hat nach 10monatlicher Dauer ihr Schlußjahr geschlossen. Sämtliche Schüler haben sich mit Erfolge der Meisterprüfung an der hiesigen Handwerkskammer unterzogen. Vom 2.-14. August findet in der Fachschule ein Sonder-Gaskurs statt, an dem sich 11 Schüler beteiligen. Der Gasturs will den Absolventen der Fachschule die Möglichkeit bieten, eine geeignete Stellung in Gaswerken oder häuslichen Gaswerksbetrieben als Hilfsarbeiter oder Gasmeister und dergleichen bekleiden zu können.

Kaffee Bauer. Auf das heute abend 8 Uhr stattfindende Sondernkonzert der verstärkten Kapelle wird hierdurch hingewiesen. (Siehe die Anzeiger.)

Standesbuch-Auszüge.

Geburten. 3. Aug.: Josef Schneider von Weinsheim, Pandalbischer in Reithal, mit Ghela Roslitz von hier; Ludwig Schulz von hier, Musiklehrer hier, mit Augusta Böfner Witwe von Diebheim; Karl Hellmann von Jodanum, Bräuer hier, mit Elisabeth Keilinger Witwe von hier; Hermann Drumm von Speyer, Kaufm. in Appenweier, mit Hermine Wegner von hier; Karl Knapp von hier; Hans Kalle von hier, Bahnarzt hier, mit Elise Roth von Bruchsal; Walter Hoffmann von hier, Kaufm. hier, mit Martha Wannevliker von Rumberg; Gustav Becker von Waldsbühl, Regierunskat hier, mit Helene Grimm von Wiesbaden.

Todesfälle. 2. Aug.: Friedrich, alt 21 Tage, Vater Friedrich Danquart, Eltern-Affichten; Luise Lorenz, ledig, ohne Beruf, alt 69 Jahre. Verheirathung und Trauerhaus erwachsener Verheiratheter. Mittwoch, 4. August, 10 Uhr: Aug. Debesmaier, Privatier, Pfullinger, 3. — 3 Uhr: Adolf Wunsch, Schuhmachermeister, Wilsbühler, 31.

Bestecke

reicher Auswahl erste Fabrikate zu äußersten Tagespreisen

J. PETRY Wwe. Hoff. Kaiserstr. 102. Telefon 1558.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung des Karlsruher Tagblattes

Deutschland, England und die Schweiz.

In neuerer Zeit wenden die Engländer dem Schweizer Markt ein gesteigertes Interesse zu, und insbesondere das „Board of Trade Journal“ hat sich der Aufgabe gewidmet, durch eine gut geleitete Propaganda für die Hebung des englisch-schweizerischen Handelsverkehrs Stimmung zu machen. Die genannte Zeitschrift, die heute in größerem Umfange Schweizer Lesern dargeboten wird, gab unlängst in einem längeren Artikel über das Wesen der britischen Handelskammer in der Schweiz einen sachlichen Ueberblick, der das Arbeitsfeld, das die Engländer in der Schweiz vorfinden, näher beschrieb. Aus dem Inhalte dieses Artikels geben wir auszugsweise folgendes wieder: „Der Schweizer Markt kam bisher als Absatzgebiet für englische Ware nicht in Frage. In letzter Zeit scheinen aber die schweizerischen Kaufleute mit ihrem „gesunden Geschäftssinn“ die Vorteile der Verbindung mit der „so bewährten englischen Geschäftswelt“ einzusehen.

Die kürzlich gegründete britische Handelskammer in der Schweiz läßt es sich angelegen sein, diese Bestrebungen zu fördern. Sie will vor allem auch englische Firmen veranlassen, aktiv in den Handel mit der Schweiz einzugreifen. Die englischen Exporteure sollen den Schweizer Markt durch Agenturen und Reisende, die ihren Sitz in der Schweiz haben, bearbeiten und ihn nicht, wie bisher, als Annex zum deutschen, italienischen und französischen Absatzgebiet betrachten, da der Schweizer Markt hierzu viel zu bedeutend ist. Es ist sehr bedauerlich, daß die englischen Kaufleute über die Verhältnisse auf dem Schweizer Markt so wenig orientiert sind. Leider findet man englische Geschäftshäuser in der Schweiz nur vereinzelt vor. Britische Reisende müssen versuchen, die Vorteile, die Deutschland und die anderen an die Schweiz grenzenden Länder vor allem durch die Sprachverwandtschaft haben, wettzumachen. In erster Linie ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die wirtschaftliche Durchdringung der Schweiz seitens Deutschlands künftig nicht mehr in demselben Maße möglich ist, wie vor dem Kriege. Es steht zu befürchten, daß Deutschland trotz des Widerstandes der Schweiz weiter eine solche Durchdringung versuchen wird. Enge Beziehungen mit der britischen Finanz- und Handelswelt müssen dem entgegenwirken.

Durch den Krieg wird die Schweiz vor gänzlich veränderte Verhältnisse gestellt. Hierbei ist als eine der wichtigsten Fragen die Rheinschiffahrt zu nennen, und die neugegründete britische Handelskammer soll ihre Aufmerksamkeit diesem Problem schenken. Die Bedingungen für eine Ausdehnung der für beide Länder vorteilhaften Handelsbeziehungen sind zurzeit günstig, vorausgesetzt, daß die englischen Handelskreise ihre finanzielle und moralische Unterstützung gewähren. Zum Sitz der Handelskammer wurde Basel als Eingangstor für die aus England kommenden Reisenden und wegen seiner bedeutenden Industrie als internationaler Verkehrsknotenpunkt erwählt. In Lausanne wurde eine Filiale für die welsche Schweiz gegründet. In allen wichtigeren Orten der Schweiz befinden sich Mitglieder der Handelskammer, die schon wertvolle Berichte über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz geliefert haben. Alle Firmen in dem Ver. Königreich und den Dominion, die mit der Schweiz in Geschäftsverbindung stehen, sollten der britischen Handelskammer in Basel als Mitglieder beitreten, da diese nur so zum Zentralpunkt des englisch-schweizerischen Handels werden kann. Die Schweiz ist sehr geneigt, gute englische Erzeugnisse zu kaufen, und tritt gerne mit englischen Kaufleuten, deren Geschäftsgebahren sie schätzt, in engere Beziehung.“

Deutsche Farben für England.

Auf einer Versammlung der Vereinigung der Farbenverbraucher in Manchester erwähnte der Vorsitzende des technischen Beratungsausschusses laut „Times“, daß nach den Wiederherstellungsbestimmungen des Friedensvertrages die Verbündeten das Vorkaufsrecht auf 50 Proz. der in Deutschland im Jahre 1919 vorräufigen Farbstoffe hatten, davon 30 Prozent für Großbritannien. Im Dezember betrugen die deutschen Vorräte 22 000 Tonnen und umfaßten 13 000 verschiedene Arten. Demnach hätte Großbritannien 3300 Tonnen erhalten müssen. Bis jetzt seien aber nicht mehr als 1500 Tonnen geliefert worden, und es sei sogar zweifelhaft, ob diese Menge vollkommen abgeliefert werden sei.

Im Januar kaufte der beratende Ausschuss auf einem Besuche in Deutschland 140 Tonnen Farbstoffe im Werte von £ 192 000 und sicherte sich das Vorkaufsrecht für 700 Tonnen im Werte von etwa £ 1 Mill. Diese Farbstoffe dürften aber nur geliefert werden, wenn die entsprechende Menge der Wiederherstellungsfarben an die Verbündeten abgeliefert würde. Die Bayerischen Farbwerte hatten um Hinausschiebung des am 1. Juli endigenden Vorkaufsrechtes. Der Ausschuss lehnte dies aber ab. Bisher sind von diesen Vorkaufsmengen 220 Tonnen im Werte von £ 345 000 geliefert worden.

Vor einigen Monaten beschloß der beratende Ausschuss, keine Einzelankäufe von Farbstoffen, weder unmittelbar, noch durch Agenten mehr in Deutschland abzuschließen, da es die beste Geschäfts politik sei, deutsche Farbstoffe gemeinsam anzukaufen. Dieser Beschluß stellte sich aber später als undurchführbar heraus, und der Ausschuss hob ihn wieder auf.

Leipziger Messe.

Die Leipziger Messe hat immer stark im Dienste des Exportgeschäftes gestanden. In den Vorjahren herrschende Unsicherheit in unseren Betriebsverhältnissen und die starken Veränderungen in der Bewertung der deutschen Zahlungsmittel haben aber teils zu gerechtfertigten, teils zu ungerechtfertigten Beanstandungen in der Ausführung von Auslandsbestellungen geführt, so daß zurzeit eine gewisse Spannung zwischen Auslandskäufern und Inlandsverkäufern besteht, die sich hauptsächlich auf die Einhaltung der Lieferzeiten und die Art der Zahlung erstreckt.

Um die Wiederherstellung des alten Vertrauens zu erleichtern, und um den berechtigten Wünschen beider Teile gerecht zu werden, hat das Meßamt in Leipzig in Verbindung mit dem „Bund deutscher Zivil-Ingenieure E. V.“ die Einrichtung einer Nachweisstelle während der Technischen Messe vorgehen, an der Auslandskäufer Mitglieder des Bundes deutscher Zivil-Ingenieure als Spezialfachleute auf den verschiedenen Gebieten genannt werden.

Die Anmeldungen zum Adreßbuch der diesjährigen Herbstmesse sind sehr lebhaft eingegangen. In das Adreßbuch der Technischen Messe (15. bis 21. August) sind 2750 und in das Adreßbuch der Allgemeinen Mustermesse (29. August bis 4. September) 8650 Firmen aufgenommen worden. Diese Zahlen umfassen selbstverständlich nicht alle Aussteller. Die noch fehlenden Aussteller werden in dem erst kurz vor der Messe erscheinenden Nachtrag verzeichnet.

Mannheimer Warenbörse.

(Eigener Bericht.)

k. Mannheim, 3. Aug.

An der heutigen Warenbörse zeigte sich im allgemeinen ein besserer Besuch und dementsprechend war auch die Geschäftstätigkeit etwas reger.

In der Lebensmittel-Abteilung waren Hülsenfrüchte zu den von uns zuletzt genannten Preisen am Markt. Für Schmalz lauteten die Forderungen auf 3050 Mk. die 100 kg ab Mannheim, auf 2850 Mk. die 100 kg im besetzten Gebiet ab Köln und auf 600 Franken ab Antwerpen. Biskuitmehl war zu 475 Mk., Schweizer Kakao zu 32 Mk., Schokoladepulver zu 31 Mk., Haushaltschokolade zu 42 Mk. und amerikanischer Kakao zu 26—27 Mk. das kg angeboten. Ceylon-Tee wurde das Pfund zu 21—24 Mk., je nach Güte, feilgehalten. Von Räucherwaren waren Matjesheringe die Tonne, etwa 900 Stück enthaltend, zu 720 Mk. und norwegische Vollheringe, die Tonne etwa 400 bis 500 Stück enthaltend, zu 430—450 Mk. angeboten.

In der Abteilung für Chemikalien trat im allgemeinen etwas bessere Nachfrage zutage und die Stimmung kann als etwas fester bezeichnet werden. Auch sind die Käufer eher geneigt, die etwas erhöhten Forderungen anzulegen. Angebote lagen vor in: Klaubersalz zu 120 Mk., Natronbисульфат 125, Zinkweiß 15 Mk., Kupfer-Vitriol 4 Mk., Carbolinum 220—250 Mk., Heizöle zu 260—280 Mark, Hartpech zu 200—250 Mk. und Dachlack zu 340—350 Mk., Raff. Blockschwefel waren zu 260 bis 265 Mk., Stangenschwefel zu 270—275 Mk. die 100 kg Cif Mannheim angeboten. Kalisaltpeter kostete in Ia raff. pulv. Ware 640—660 Mk., Natronsaltpeter, techn. pulv. 330 Mk., Naphthalin in Kugeln 700 Mk., Glycerin dopp. dest. 26 Be. 2375 bis 2400 Mk., Rüböl 2100—2150 Mk. die 100 kg bahrfrei Mannheim, Kalium Bichromat Rot crist. 3700 Mk. und phosphorsaures Natron 825—850 Mk. die 100 kg ab Fabrik.

In Schuhen, diese Abteilung war heute auch wieder besser vertreten, bestand Nachfrage nach Straßenschuhen, hauptsächlich nach Arbeiterschuh, zu etwas erhöhten Forderungen.

In der Textilabteilung waren Normalhemden, je nach Qualität, zu 33,50—45 Mk., Einsatzhemden zu 40—42,50 Mk., Unterhosen Macco zu 27—38 Mk. angeboten. Macco-Batist war 80 cm breit zu 24—26 Mk. das Meter angeboten, ferner waren Nähgarne, Putztücher, Leinwandstoffe und Batiste besser gefragt.

Die Abteilung Diverses zeigte unverändertes Bild.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 3. Aug. Zu Beginn des heutigen Börsenverkehrs machte sich bei lebhafter Geschäftstätigkeit eine feste Haltung geltend. Die Umsätze beschränkten sich fast ausschließlich auf Montanpapiere, wobei besonders Bochumer, Phönix-Bergbau und Gelsenkirchen eine steigende Richtung verfolgten. Laurahütte schlossen sich der Aufwärtsbewegung an. Harpener lagen fest, Deutsch Erdöl und Deutsch Petroleum schwächer. Unter den chemischen Werten sind Badische Anilin weiter besser bezahlt. Deutsch Uebersee 818. Schukert schwächer. Eine erwähnenswert matte Haltung zeigten Zellstoff Waldhof. Demgegenüber waren Zementwerke Heidelberg höher. Adlerwerke Kleyer verloren 5½ Proz. Mexikaner anziehend. Baltimore und Ohio bei lebhaften Umsätzen höher. Das Geschäft wurde später ruhig bei fester Tendenz. Privatskont 4 Prozent.

Frankfurter Kursnotierungen.

3. Aug.	2. Aug.	3. Aug.	2. Aug.
Badische Bank	179,75	191,25	179,75
Darmstäd. Bank	141,75	141,75	141,75
Deutsche Bank	261,50	262,50	261,50
Disk. Commandit	196,50	197,50	196,50
Breslauer Bank	163,50	162,50	163,50
Oesterr. Länderb.	—	69,50	—
Rhein. Creditbank	126,50	128,50	126,50
Schaaffh. Bank	—	—	—
Südd. Disk.-Ges.	150,50	150,50	150,50
Wiener Bankver.	58,50	—	58,50
Ottomanbank	—	—	—
Bochumer Gußst.	421,50	402,50	421,50
Gelsenkirchen	318,50	312,50	318,50
Harpener	390,50	390,50	390,50
Laurahütte	298,75	288,50	298,75
Manh. Verz.-Ges.	—	—	—
Südd. Disk.-Ges.	387,50	390,50	387,50
Grün & Biffner	—	200,50	—
Zement-Waldhof	230,50	228,50	230,50
Chem. Fab. Mannh.	585,50	589,50	585,50
Deut. Uebersee	820,50	812,50	820,50
Gebr. Jauchans	274,50	—	274,50
Adler & Oppenh.	—	—	—
B. Masch. Badensg.	—	—	—
Mischfab. Birlach	—	249,50	—
Mischfab. Britzner	355,50	367,50	355,50
Hald & Ne.	235,50	—	235,50
Mischfab. Karier	273,50	277,50	273,50
Schlink & Co.	—	—	—
Qberursel	—	—	—
Elz. Baumwollf.	305,50	—	305,50
Schneider-Eitling	225,50	225,50	225,50
Uhrenfab. Partw.	—	—	—
Wagg.-Fab. Facha	313,10	310,50	313,10
Zellstoff Waldhof	313,50	307,50	313,50
Zuckerfab. Wagh.	420,50	410,50	420,50
Zuckerr. Franken	324,50	325,50	324,50

Berliner Börse.

W. Berlin, 3. Aug. Gestern hervorgetretene lebhaftes Interesse für einzelne Montanwerte übertrug sich heute ebenfalls auf den Verkehr. Die Führung hatten Bismarckhütte, die in großen Sprüngen weitere 60 Proz. gewonnen. Phönix-Aktien, die gleichfalls in großen Posten gekauft wurden, gewannen 20 Proz. Bochumer setzten ihre Aufwärtsbewegung mit einem Kursgewinn von 12 Prozent fort. Rombacherhütten erzielten eine Besserung von 19 Proz. Deutsch Erdöl-Aktien gaben weiter nach und standen zeitweise unter 1900. Deutsch Petroleum schwächten sich nicht weiter ab. Kolonialpapiere zogen weiter im Zusammenhang mit der Besserung der ausländischen Valuten an. Auf den übrigen Gebieten wirkte die gute

Haltung des Montanmarktes befestigend und teilweise belebend. Rentenmarkt still und ohne weitere bemerkenswerte Veränderung.

Berliner Kursnotierungen.

3. Aug.	2. Aug.	3. Aug.	2. Aug.
Schaaffh. B.	631,50	633,75	631,50
Gr. B. Straßb.	129,50	129,50	129,50
Lombarden	—	—	—
Baltimore Ohio	261,50	260,50	261,50
Prinz Heinrich	—	420,50	—
Deutsche Bank	—	—	—
Argo Schiffabri.	—	648,50	—
Deutsch Anstr.	—	186,50	—
Hamb. Fako (Fahr)	179,25	181,25	179,25
Hamb. -Hilfsmitt.	—	229,25	—
Hansa D. Schiff.	271,50	270,50	271,50
World. Lloyd	175,50	178,50	175,50
Berl. Handelsges.	206,50	206,50	206,50
Bismarckh.	142,50	143,50	142,50
Deutsche Bank	261,50	260,25	261,50
Disk. Commandit	198,25	198,25	198,25
Dresdener Bank	161,50	161,50	161,50
Nationalbank	149,50	149,50	149,50
Oesterr. Kredit	65,50	64,50	65,50
Reichsbank	148,50	148,50	148,50
Sümm. Branerol.	302,50	302,50	302,50
Accumulatoren	386,50	386,50	386,50
Adlerwerke	223,50	227,75	223,50
Alexanderwerk	181,25	185,50	181,25
A. E. G.	291,50	290,50	291,50
Aluminium	—	—	—
Anglo Contin.	236,50	232,50	236,50
Angsbury-Werke	224,50	223,25	224,50
Bad. Anl.	458,75	460,50	458,75
Bergmann Elektr.	235,50	243,75	235,50
Berl. Anh. Masch.	202,75	200,50	202,75
Berl. Maschinen	250,50	—	250,50
Blg. Märkische	228,50	—	228,50
Bismarckhütte	667,50	660,50	667,50
Bochumer Guß	426,50	410,50	426,50
Gebr. Pöhl.	326,50	322,50	326,50
Krupp-Werke	148,50	149,50	148,50
Puders Eisen	295,50	290,50	295,50
Chem. Griesheim	299,50	305,75	299,50
Chem. Albert	—	—	—
Daimler Motoren	215,50	215,50	215,50
Dessauer Gas	148,50	—	148,50
D. Gasglühlicht	810,50	—	810,50
Deutsches Kali	412,50	417,50	412,50
Deutsche Wollen	371,50	376,25	371,50
Deutsch. Eisenh.	205,50	206,50	205,50
Dynamit Trust	228,50	227,75	228,50
Elberfeld. Farben	402,50	400,50	402,50
Eschweil. Bergw.	308,50	310,50	308,50
Feldmühle Papier	322,50	320,50	322,50
Film & Gull.	402,50	402,50	402,50
Filter Brautechn.	216,50	215,50	216,50
Gaggenan	200,50	200,50	200,50
Gasmotor. Deutz	316,25	312,50	316,25
Gelsenkirchen	207,75	207,75	207,75
Henschow	390,50	386,50	390,50
Goldschmidt	—	390,50	—
Hansa. Maschinen	340,50	345,50	340,50
Harpener	310,50	310,50	310,50
Hesper Eisen	870,50	875,50	870,50
Hirsch Kupfer	275,50	274,50	275,50
Hochstar Farben	350,50	353,75	350,50
Hösch Eisen	400,50	400,50	400,50
Hohensho	219,50	220,50	219,50
Kell. Acherseleb.	400,50	405,50	400,50
Ver. Köln-Rottw.	303,50	309,50	303,50
Kösch. Gellios	224,50	224,50	224,50
Kyffhäuser	191,50	190,50	191,50
Lamayer Co.	189,50	185,25	189,50
Launhütte	298,50	294,50	298,50
Liedt Eisenm.	232,50	228,25	232,50
Ludwig Löwe	228,50	228,50	228,50
Loth. Zement	256,50	263,50	256,50
Mannesmann	370,50	367,50	370,50
Ober Eisenbed.	236,50	230,50	236,50
Ober Eisenm.	285,50	283,50	285,50
Ober Kokswerke	400,50	405,50	400,50
Omnit & Koppel	271,50	272,75	271,50
Phönix Bergw.	464,50	445,50	464,50
Rhein. Metall	292,50	290,50	292,50
Rhein. Stahl	371,50	372,50	371,50
Rombacherhütte	282,50	288,75	282,50
Rüttgerswerke	249,50	253,50	249,50
Sachsenwerke	295,50	299,50	295,50
Schickart & Co.	191,75	193,50	191,75
Stemmaschleise	249,50	250,50	249,50
Stoana Romana	1130,50	1120,50	1130,50
Stöttner Vulkan	234,50	241,50	234,50
Stollberger Zink	261,50	—	261,50
Tafel. Tabak	—	—	—
Varianer Papier	312,50	320,50	312,50
Ver. D. Nickel	340,50	341,50	340,50
Ver. Glasst. 1229	1229,50	1200,50	1229,50
Ver. Stahl Zyrn	823,50	820,50	823,50
Wandor. Fahrweg	345,50	345,50	345,50
Westerg. Alkali	680,50	681,50	680,50
Zellstoff Waldhof	357,50	360,50	357,50
Ötavi Minen	756,50	741,50	756,50
Ötavi Zinn	649,50	629,50	649,50
Deutsche Petrol	240,50	240,50	240,50
Pomona	7600,50	7600,50	7600,50

Vom Devisenmarkt.

w. Frankfurt, 3. Aug.

3. Aug.	Geld.	Brief.	3. Aug.	Geld.	Brief.
Abwechsl. D. B.	347,50	348,50	347,50	344,50	345,50
Holland	1460,50	1450,50	1460,50	1441,50	1444,50
London	159,25	159,75	159,25	157,25	157,75
Paris	324,50	325,50	324,50	323,50	324,50
Schwiz	727,25	729,75	727,25	715,75	717,25
Spanien	649,25	650,75	649,25	644,25	645,75
Italien	271,50	272,50	271,50	271,50	272,50
Lissabon	—	—	—	—	—
Dänemark	664,25	665,75	664,25	664,25	665,75
Norwegen	666,75	668,25	666,75	666,75	667,75
Schweden	694,50	696,50	694,50	693,50	694,50
Heilbronn	154,75	155,25	154,75	154,25	154,75
Newyork	43,10	43,20	43,10	42,10	42,20
Wien (alt)	—	—	—	24,20	24,30
Deutsch-Oesterreich					